

Ademmer, Martin et al.

Article

Deutsche Wirtschaft im Winter 2020 - Zweite Corona-Welle unterbricht Erholung

Kieler Konjunkturberichte, No. 74

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Martin et al. (2020) : Deutsche Wirtschaft im Winter 2020 - Zweite Corona-Welle unterbricht Erholung, Kieler Konjunkturberichte, No. 74, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/229941>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Wirtschaft im Winter 2020

Abgeschlossen am 16. Dezember 2020

© Birgit Wolfrath – IfW Kiel

Nr. 74 (2020|Q4)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler,
Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und
Saskia Meuchelböck*

ZWEITE CORONA-WELLE UNTERBRICHT ERHOLUNG

Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Saskia Meuchelböck

Die Erholung der deutschen Wirtschaft verzögert sich. Maßgeblich ist das Wiederaufflammen der Corona-Pandemie sowie die seit November wieder eingeführten Shutdown-Maßnahmen. Da diese Maßnahmen zum Teil wohl auch in den kommenden Monaten Bestand haben werden, zeichnen sich sowohl für das Abschlussquartal des laufenden Jahres als auch für das erste Quartal des kommenden Jahres Rückgänge des Bruttoinlandsprodukts ab. Diese Rückgänge werden jedoch nicht das Ausmaß vom Frühjahr erreichen. So konzentrieren sich die Belastungen stärker auf einzelne, konsumnahe Branchen; vielfach haben sich diese Branchen vom Einbruch im Frühjahr noch nicht vollständig erholt, so dass dort im Winterhalbjahr weniger wirtschaftliche Aktivität wegbrechen wird. Zudem dürften die Exporte angesichts der vergleichsweise robusten Weltkonjunktur weiter aufwärts gerichtet bleiben. Auch deshalb wird die Industrie das Winterhalbjahr wohl weitgehend unbeschadet überstehen. Alles in allem rechnen wir nun mit einer geringeren Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 3,1 Prozent im kommenden Jahr als noch im Herbst (4,8 Prozent), nach einem Rückgang von 5,2 Prozent im laufenden Jahr. Sofern die Pandemie ab Frühjahr nachhaltig zurückgedrängt werden kann, wird sich im Verlauf des kommenden Jahres eine kräftige Erholung einstellen und sich in einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 Prozent im Jahr 2022 widerspiegeln (Herbst-Prognose: 2,4 Prozent). Diese Entwicklung wird sich am Arbeitsmarkt nachvollziehen, so dass sich auch hier die Erholung etwas verzögert. Da die temporäre Abschwächung im Winterhalbjahr die Einnahmen des Staates dämpfen und der Shutdown weitere Hilfszahlungen mit sich bringen wird, wird der Staatshaushalt zusätzlich belastet. Wir rechnen mit Budgetdefiziten der öffentlichen Hand von 4,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für das laufende Jahr sowie 4 Prozent für das kommende Jahr. Im Jahr 2022 wird das Defizit voraussichtlich auf 1,9 Prozent sinken.

Kasten 1: Zu den Auswirkungen der zweiten Corona-Welle auf die Konjunktur (S. 16)

Kasten 2: Arbeitsausfall und Wirtschaftsleistung (S. 20)

Kasten 3: Zum Beitrag der Kurzarbeit zur Arbeitszeit- und Lohndynamik im Zuge der Corona-Krise (S. 23)

Kasten 4: Zum strukturellen Budgetdefizit im Jahr 2022 und den Vorgaben der Schuldenbremse S. 25)

Kasten 5: Zur Situation der gesetzlichen Rentenversicherung in der Corona-Krise S. 27)

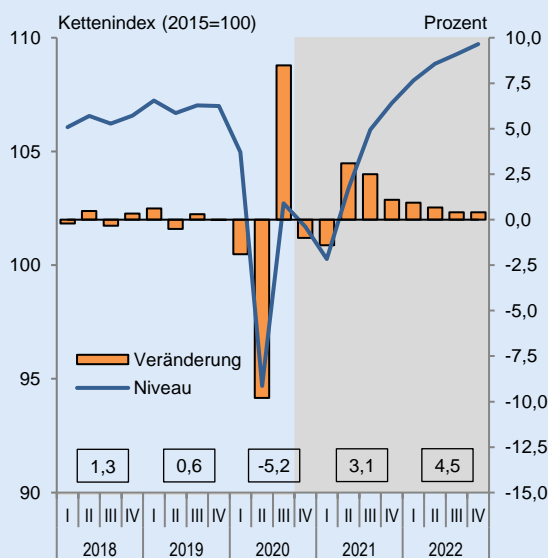
Der Pandemieverlauf prägt weiterhin das Wirtschaftsgeschehen. Nach dem massiven Einbruch der ökonomischen Aktivität im März und April kam es mit der zwischenzeitlichen Entspannung der Pandemielage und den damit einhergehenden Lockerungen hierzulande und in der übrigen Welt zu einer kräftigen Erholung. Der ausgeprägte Rückpralleffekt zeigte sich in Deutschland in einer historisch beispiellosen Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes für das dritte Quartal. Diese fiel mit 8,5 Prozent sogar 2,3 Prozentpunkte kräftiger aus, als von uns in der jüngsten Herbstprognose erwartet worden war. Bedeutsam war für die deutsche Wirtschaft vor allem, dass die Warenausfuhren und – nahezu parallel dazu – die Industrieproduktion rasch anzogen. So wurden von Mai bis Oktober bereits rund 80 Prozent des Einbruchs aus den Monaten März und April aufgeholt. Auch in vielen Dienstleistungsbereichen kehrte die Aktivität nach dem Shutdown merklich zurück, im Einzelhandel wurde das Vorkrisenniveau schon im Mai übertroffen. Hätte das Pandemiegeschehen im Herbst nicht Anlass zu wieder deutlich schärferen Infektionsschutzmaßnahmen gegeben, wäre die wirtschaftliche Entwicklung, wenn auch mit deutlich vermindertem Tempo, wohl im Winterhalbjahr weiter aufwärtsgerichtet. Im November wurden jedoch weite Teile des Gastgewerbes sowie der kontaktintensiven Unterhaltungsbranchen geschlossen. Zudem dürften die beschleunigt zunehmenden Infektionszahlen auch verstärkt zu privaten Vorsichtsmaßnahmen geführt haben, die sich dämpfend auf die ökonomische Aktivität auswirken. Wir gehen davon aus, dass die mit den November-Maßnahmen verbundenen Einschränkungen noch bis März Bestand haben. Für die Zeit ab Mitte Dezember wurden die Shutdown-Maßnahmen abermals verschärft und mit Ausnahme der lebensnotwendigen Bereiche alle stationären Einzelhandelsgeschäfte und kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen

geschlossen. Für die hier vorgelegte Prognose nehmen wir an, dass diese Maßnahmen bis Mitte Januar in Kraft bleiben. Unverändert gehen wir davon aus, dass im Sommerhalbjahr 2021 nach und nach sämtliche Maßnahmen für den Infektionsschutz auslaufen, die die ökonomische Aktivität behindern. Dazu werden die mildere Witterung und der zunehmende Impfschutz beitragen.

Durch die zweite Corona-Welle droht kein Einbruch wie im vergangenen Frühjahr, aber durch die verzögerte Erholung steigt das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 nur um 3,1 Prozent. Die wirtschaftliche Entwicklung wird im Winterhalbjahr merklich durch die im Zuge der zweiten Infektionswelle ergriffenen November- und Dezember-Maßnahmen beeinträchtigt (Kasten 1). Dadurch wird der Erholungsprozess unterbrochen und die Wirtschaftsleistung dürfte in beiden Quartalen des Winterhalbjahres rückläufig sein (Abbildung 1). Allerdings ist dieser Rückschlag im Erholungsprozess bei weitem nicht mit den ökonomischen Folgen des ersten Shutdowns im

vergangenen Frühjahr zu vergleichen. Maßgeblich hierfür ist, dass insbesondere der Außenhandel und die industrielle Aktivität weitaus weniger beeinträchtigt werden dürften als noch während der ersten Welle. So zeigt sich der Welthandel robust und es deuten sich diesmal auch keine Werkschließungen infolge unterbrochener Lieferketten in größerem Ausmaß ab. Stabilisierend dürfte wirken, dass sich mit der Zulassung von Impfstoffen ein Ende der pandemisch bedingten Ausnahmesituation in überschaubarer Zeit abzeichnet, was den Unternehmen, nicht zuletzt mit Blick auf ihre Investitionstätigkeit, die Dispositionen erleichtert. Zudem erstrecken sich die jüngsten Shutdown-Maßnahmen – mit Ausnahme der vorweihnachtlichen Tage – auf eine ohnehin aktivitätsschwache Zeit. Die Dezember-Maßnahmen belasten vor allem den stationären Einzelhandel. Dies blockiert zwar einen wichtigen Absatzkanal der Konsumgüterhersteller, allerdings dürfte es insbesondere bei langlebigen Wirtschaftsgütern sowohl modal (stationär zu online) als auch zeitlich (Nachholeffekte) zu Verlagerungen kommen. Die Geschäftsausfälle im Januar werden zudem dadurch gemildert, dass ein Teil der sonst in dieser Zeit getätigten Käufe aufgrund der Mehrwertsteuersatzanhebung zum Jahreswechsel bereits vorgezogen worden sein dürfte. Insgesamt beziffern wir die im Winterhalbjahr infolge der zweiten Infektionswelle wegfallende Wertschöpfung auf 40 bis 50 Mrd. Euro. Für beide Quartale rechnen wir mit einem spürbaren – im Vergleich zum Einbruch in der ersten Jahreshälfte 2020 aber milden – Rückgang der Wirtschaftsleistung. Der Erholungsprozess dürfte sich damit um ein knappes halbes Jahr verzögern, dann aber – mit abflauernder Pandemie – kraftvoll zurückkommen. Wir halten an der Einschätzung fest, dass das Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsproduktes in Schlussquartal des kommenden Jahres überschritten wird. Die verzögerte Erholung schlägt aber deutlich auf das Jahresergebnis durch. Wir revidieren daher die Zuwachsrate für das Jahr 2021 um 1,7 Prozentpunkte auf 3,1 Prozent deutlich nach unten. Im laufenden Jahr überwiegt der stärker als erwartet ausfallende Rückpalleffekt im dritten Quartal die schwächere

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Dynamik im Schlussquartal, so dass sich der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Gesamtjahr 2020 leicht von 5,5 Prozent auf 5,2 Prozent ermäßigt. Im Vergleich zu unserer Winterprognose von vor einem Jahr, in der noch keine Pandemieeffekte zu Buche schlugen, ergibt sich für die Jahre 2020 und 2021 insgesamt ein Ausfall an Wirtschaftsleistung von fast 380 Mrd. Euro. Die verzögerte Erholung schlägt in Form eines erheblich größeren statistischen Überhangs auch auf die Expansionsrate im Jahr 2022 durch, die sich hauptsächlich aus diesem Grund von bislang 2,4 Prozent auf 4,5 Prozent deutlich erhöht (Tabelle 1).

Tabelle 1:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2019–2022

	2019	2020	2021	2022
Ursprungswerte	0,6	-5,2	3,1	4,5
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	0,4	0,0	-0,1
kalenderbereinigt	0,6	-5,6	3,1	4,6
Statistischer Überhang	0,2	0,0	0,7	2,8
Verlaufsrate	0,4	-5,0	5,3	2,4

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalender-bereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Verwendungsseitig wirft der neuerliche Shutdown vor allem die privaten Konsumausgaben zurück. Der verzögerte Erholungsprozess ist maßgeblich den Behinderungen für die konsumnahen Wirtschaftsbereiche geschuldet. Demzufolge schlagen sich die Reaktionen auf die zweite Infektionswelle vor allem im privaten Verbrauch nieder, für den sich die für das kommende Jahr erwartete Expansionsrate von bislang 5,5 Prozent auf 2,7 Prozent praktisch halbiert, auch wenn der Einbruch im laufenden Jahr nun mit 6,5 Prozent geringfügig kleiner ausfällt. Infolge mangelnder Konsummöglichkeiten dürfte die Sparquote der privaten Haushalte noch bis Mitte des kommenden Jahres deutlich über dem Normalniveau bleiben. Insgesamt staut sich so in beiden Jahren Kaufkraft in Höhe von 200 Mrd. Euro auf. Bei den

Bruttoanlageinvestitionen insgesamt, wie auch in den Komponenten, sehen wir gegenüber der Einschätzung aus dem Herbst kaum Revisionsbedarf: einem Rückgang um 2,7 Prozent folgt im kommenden Jahr ein Anstieg um 4,7 Prozent. Hingegen setzen wir die Exportprognose deutlich herauf, weil sich das weltwirtschaftliche Umfeld fester zeigt als noch im Herbst erwartet. Für das laufende Jahr rechnen wir nun mit einem geringeren Rückgang um 9,8 Prozent (statt 11,5 Prozent) im kommenden Jahr dürfte sich die Zuwachsrate auf 10,3 Prozent (statt 7,7 Prozent) belaufen, wobei die Aufwärtsrevisionen maßgeblich dem Warenhandel geschuldet sind.

Die Corona-Krise hinterlässt deutlichere Spuren auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Kassen, als noch im Herbst absehbar war. Die zweite Infektionswelle bremst zwischenzeitlich auch die Erholung am Arbeitsmarkt aus. Im Winterhalbjahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 115 000 Personen sinken. Mit der später einsetzenden Erholung ergibt sich für das laufende wie auch für das kommende Jahr ein Minus bei der Beschäftigung. Ein Rückgang von 450 000 Arbeitsplätzen im Jahr 2020 folgt ein weiterer um 125 000 im Jahr 2021 (Tabelle 2). Das Vorkrisenniveau dürfte erst Mitte des Jahres 2022 wieder erreicht werden. Vor allem umfangreichere Hilfsmaßnahmen für die Unternehmen belasten im kommenden Jahr zusätzlich den Staatshaushalt. Übersteigen die Ausgaben die Einnahmen im laufenden Jahr um 161 Mrd. Euro (4,9 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung), so beläuft sich der Fehlbetrag im kommenden Jahr mit 143 Mrd. Euro (4,1 Prozent) auf eine ähnliche Größenordnung. In beiden Krisenjahren zusammengekommen dürften die öffentlichen Kassen um fast 30 Mrd. Euro stärker belastet werden als bislang veranschlagt. Auch im übernächsten Jahr zeichnet sich für die öffentlichen Haushalte ein deutliches Minus von rund 65 Mrd. Euro (1,8 Prozent) ab.

Tabelle 2:
Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2019–2022

	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,6	-5,2	3,1	4,5
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	2,2	1,6	1,3	1,5
Verbraucherpreise	1,4	0,5	2,6	1,7
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	-0,0	-1,2	1,3	1,8
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	45.269	44.815	44.690	45.327
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,0	5,9	6,1	5,5
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-4,9	-4,1	-1,8
Schuldenstand	59,5	72,6	73,2	70,2
Leistungsbilanz	7,1	7,2	8,0	7,5

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Monetäre Rahmenbedingungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) weitet ihre Maßnahmen noch einmal aus. Die Leitzinsen verbleiben auf ihren niedrigen Niveaus (Einlagesatz: -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz: 0 Prozent, Spitzenrefinanzierungssatz: 0,25 Prozent). Wir rechnen nicht damit, dass es im Prognosezeitraum zu einer Zinsanhebung kommen wird. Auch die Nettokäufe im Rahmen des Kaufprogramms APP werden auf absehbare Zeit in monatlicher Höhe von 20 Mrd. Euro fortgesetzt. Darüber hinaus beschloss die EZB, den Rahmen für ihre Käufe unter dem Pandemie-Notfallprogramm (PEPP) um 500 Mrd. Euro auf nunmehr 1850 Mrd. Euro aufzustocken und Nettokäufe bis mindestens Ende März 2022 zu ermöglichen. Rückzahlungen aus fällig werdenden Anleihen sollen nun mindestens bis Ende 2023 reinvestiert werden können. Die EZB beschloss auch weitere Lockerungen bezüglich der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO). Erstens wurde der Zeitraum, währenddessen besonders günstige Konditionen gelten, um ein Jahr bis zum Juni 2022 verlängert. Während dieser Zeit betragen die Zinsen für Banken, die ihre aktualisierten Kreditvergabeziele erreichen, maximal -1 Prozent. Zweitens werden zwischen Juni und Dezember 2021 drei zusätzliche Chargen vergeben und drittens dürfen nun bis zu 55 Prozent der zugelassenen Kredite über diese Geschäfte refinanziert werden. Des Weiteren wurden die gesenkten Kollateralanforderungen bis Juni 2022 verlängert, sollen vier

zusätzliche PELTRO (pandemic emergency longer-term refinancing operations) im Jahr 2021 durchgeführt werden und die Repo-Fazilität des Eurosystems (EUREP) sowie alle temporären Swap- und Repo-Vereinbarungen mit Zentralbanken außerhalb des Euroraums bis März 2022 verlängert werden.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig. Trotz aller pandemiebedingten Risiken und entgegen der ausweislich der Umfrage unter den Geschäftsbanken (Bank Lending Survey) im Verlauf des Jahres gestrafften Kreditbedingungen blieben die Darlehenszinsen zuletzt sehr niedrig. Bei Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahren fielen im Oktober 1,7 Prozent für größere und 2,4 Prozent für kleinere Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen an, während Wohnungsbaukredite mit 1,4 Prozent verzinst wurden. Die Finanzierung über die Kapitalmärkte verbilligte sich gar weiter: bei den Renditen von Unternehmensanleihen mit einer mittleren Laufzeit von über drei Jahren stellte sich im November ein historischer Tiefstand von 0,9 Prozent ein. Damit bildete sich auch der Zinsabstand gegenüber Bundesanleihen mit ähnlicher Laufzeit weiter zurück und betrug zuletzt 1,4 Prozentpunkte. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die häufig als Indikator für das Zinsniveau ohne individuelle Risikoaufschläge herangezogen wird, betrug zuletzt -0,6 Prozent, und wir rechnen damit, dass sie bis zum Ende des Prognosezeitraums nur leicht auf dann - 0,4 Prozent steigen wird. Die Notierungen an den Aktienmärkten hatten sich rasch

von ihren starken Einbrüchen in der Anfangsphase der Pandemie im Frühjahr erholt. Der Deutsche Aktienindex (DAX) erreichte zuletzt wieder sein Niveau von vor einem Jahr und in den Vereinigten Staaten konnte der S&P 500 im Vorjahresvergleich sogar merkliche Kurssteigerungen verzeichnen.

Die Kreditexpansion setzte sich unvermindert fort. Das Volumen der Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor lag im Oktober insgesamt 4,7 Prozent über dem Wert von vor einem Jahr. Damit blieb der Vorjahresabstand zuletzt in etwa stabil. Eine zunehmende Dynamik war weiterhin bei den Wohnungsbaukrediten zu beobachten, die einen Zuwachs von nunmehr 6,3 Prozent aufwiesen. Die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen lagen mit 4,9 Prozent ebenfalls weiter deutlich über dem Wert des Vorjahresmonats, wengleich sich hier die Kreditvergabe gegenüber der Frühphase der Pandemie, in der wohl besonders viele Überbrückungskredite notwendig waren, etwas verlangsamt. Nach wie vor schwach entwickelten sich die Konsumenten- und Sonstigen Kredite an private Haushalte, die nur um 0,4 Prozent zulegten. Der Trend bei den nichtfinanziellen Unternehmen zur zunehmenden Finanzierung über die Kapitalmärkte hält ungeachtet monatlicher Schwankungen an: im Oktober waren 12,9 Prozent mehr inländische Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf als ein Jahr zuvor. Dennoch ist das Volumen der Bankkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen immer noch fast dreimal so hoch wie das der Anleihen.

Außenhandel

Der Rückprall bei den Ausfuhren war stärker als erwartet. Die Warenausfuhren machten im dritten Quartal bereits rund zwei Drittel ihres durch die Corona-Pandemie ausgelösten Einbruchs aus dem ersten Halbjahr wieder wett und lagen noch rund 7 Prozent unter ihrem Vorjahresniveau. Damit fiel die Erholung stärker aus, als wir in unserer Herbstprognose erwartet hatten. Ausschlaggebend war, dass sich der Welthandel und die Nachfrage aus den deutschen Exportmärkten im Zuge der weltweiten Lockerungen der Lockdown-Maßnahmen rascher von ihren Tiefpunkten lösten als von uns prognostiziert. Dabei näherten sich die nominalen Warenausfuhren in die Europäische Union

ihrem Vorjahresniveau bereits wieder stärker an als die in die Länder außerhalb der EU. Während nach China wieder mehr exportiert wurde als vor einem Jahr, wurde in die übrigen asiatischen Länder, in die Vereinigten Staaten und nach Russland jeweils rund ein Sechstel weniger geliefert. Deutlich kräftiger erholte sich das Exportgeschäft mit dem Vereinigten Königreich, was auch mit Lageraufstockung angesichts der anhaltend hohen Unsicherheit über die künftigen Handelsbeziehungen zur Europäischen Union nach dem geplanten Ausscheiden aus der Zollunion zum Jahresende in Verbindung stehen könnte. Der Anteil des Vereinigten Königreichs an den gesamten Warenausfuhren hat sich jedoch seit dem Brexit-Votum von 7,5 Prozent auf unter 6 Prozent deutlich verringert. Keine Aufwärtsbewegung zeigte sich dagegen bei den Lieferungen in die ölexportierenden Länder, die im Zuge der Krise ebenfalls eingebrochen waren und zuletzt auf diesem niedrigen Niveau kaum mehr als stagnierten.

Im laufenden Quartal wird die Erholung der Ausfuhren vorübergehend gebremst. Darauf deuten die monatlichen Warenausfuhren im Spezialhandel hin, die im Oktober deutlich schwächer zunahmen als in den Vormonaten. Zwar lagen die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland bereits höher als vor einem Jahr und Befragungen zufolge ist der Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet, zuletzt ebenfalls gestiegen, was für weiteres Aufholpotenzial spricht. Auch dürfte es aufgrund des Brexits zu weiteren Vorzieheffekten bei den Lieferungen in das Vereinigte Königreich kommen. Die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern und die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe trübten sich zuletzt jedoch angesichts vielerorts steigender Fallzahlen und erneuter Infektionsschutzmaßnahmen ein. Vor diesem Hintergrund dürfte das Tempo der Erholung zunächst verhalten bleiben. Auch von den Dienstleistungsexporten sind im Winterhalbjahr angesichts der seit dem Herbst wieder verschärften Reisebeschränkungen keine Impulse zu erwarten.

Im weiteren Verlauf gewinnt der Aufholprozess wieder an Schwung. Zwar wird die wirtschaftliche Erholung in einigen Ländern, vor allem in Europa, aufgrund der zweiten Welle der

Pandemie vorübergehend unterbrochen. Dennoch wird die Aufwärtsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, anders als im Frühjahr, wohl nicht erheblich beeinträchtigt (Gern et al. 2020). Angesichts der Erholung der Industrie in den Exportmärkten und der lebhaften Entwicklung des internationalen Warenhandels dürfte das Exportgeschäft im kommenden Jahr wieder merklich an Fahrt gewinnen, auch wenn die gedämpfte globale Investitionstätigkeit wohl noch für geraume Zeit ein belastender Faktor sein wird. Die Dienstleistungsexporte werden ab dem Frühjahr ebenfalls kräftig zulegen. Insgesamt rechnen wir nach einem Einbruch der Exporte von 9,8 Prozent im laufenden Jahr mit einem Anstieg um 10,3 Prozent im kommenden Jahr. Nach diesem Aufholprozess steigen die Exporte wieder mit mäßigeren Raten; für das Jahr 2022 ergibt sich eine Zuwachsrate von 6,3 Prozent.

Die Erholung der Einfuhren verzögert sich auch aufgrund erneuter Einschränkungen im Reiseverkehr. Im dritten Quartal legten die Wareneinfuhren erwartungsgemäß kräftig zu und lagen mit knapp 6 etwas weniger unter ihrem Vorjahresniveau als die Warenausfuhren. Die Dienstleistungsimporte stiegen zwar im Vergleich zum Vorquartal aufgrund der vorübergehenden Lockerung der Reisebeschränkungen ebenfalls. Sie waren jedoch immer noch über 20 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Im Schlussquartal büßt auch der Aufholprozess der Importe an Dynamik ein. Dafür sprechen die Monatszahlen im Spezialhandel sowie die generell geringere konjunkturelle Dynamik ab November. Allerdings wird sich der Rückgang des privaten Konsums wohl nicht vollständig auf die Einfuhren durchschlagen, da dieser zu einem Gutteil auf die von der Pandemie besonders betroffenen personennahen Dienstleistungen zurückzuführen ist. Gleichzeitig ist wie auch bei den Ausfuhren mit einem positiven Brexit-Effekt zum Jahresende zu rechnen; die nominalen Wareneinfuhren aus dem Vereinigten Königreich lagen mit rund einem Fünftel im internationalen Vergleich im dritten Quartal noch besonders drastisch unter ihrem Vorkrisenniveau. Im weiteren Verlauf werden die Warenimporte im Einklang mit der Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen und der Nachfrage nach Vorleistungsgütern für das Exportgeschäft zunehmen.

Die Dienstleistungsimporte dürften angesichts einer erneuten Verschärfung der Reisebeschränkungen im laufenden Quartal einen weiteren Rückschlag erleiden. Erst im Frühjahr rechnen wir im Zuge der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen mit einer kräftigen Erholung. Alles in allem werden die Importe im Jahr 2020 wohl um 8,9 Prozent zurückgehen. In den Jahren 2021 und 2022 steigen sie mit 8,0 und 7,4 Prozent.

Heimische Absorption

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden durch staatliche Transfers gestützt. Für die Bruttolöhne und -gehälter zeichnet sich für das laufende Jahr ein Rückgang von rund 1 Prozent ab. Nach dem deutlichen Rücksetzer im zweiten Quartal hatte im dritten Quartal zwar bereits wieder eine recht kräftige Erholung eingesetzt. Allerdings verzögert sich die Erholung durch die abermalige Abschwächung am Arbeitsmarkt im Winterhalbjahr und nimmt erst wieder im Verlauf des Jahres 2021 Fahrt auf. Aufgefangen wird der Rückgang der Lohnsumme im laufenden Jahr durch den deutlichen Anstieg der monetären Sozialleistungen um fast 8 Prozent, in dem sich insbesondere die Ausweitung der Kurzarbeit widerspiegelt. Gedämpft werden die verfügbaren Einkommen zusätzlich durch den konjunkturbedingten Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte. Angesichts des konjunkturellen Einbruchs fällt das Minus mit rund 6 Prozent allerdings moderat aus. Einem stärkeren Rückgang entgegen wirken die öffentliche Hilfszahlungen an Solo-selbstständige und Kleinunternehmer, die die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im laufenden Jahr um 3 Prozent erhöhen. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr leicht um 0,6 Prozent zulegen. Im Vergleich zu den Vorjahren, in denen sie jeweils um mindestens 3 Prozent gestiegen waren, stellt dies freilich eine merkliche Abschwächung dar. In den kommenden beiden Jahren werden sie mit der wirtschaftlichen Erholung mit 2,9 Prozent (2021) bzw. 3,6 Prozent (2022) wieder deutlich rascher zulegen. Dabei wird die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen wohl jedoch im kommenden Jahr nur verhalten steigen, weil sich

die Preise für Konsumgüter – vor allem aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung und der Einführung des Klimapakets – um 2,1 Prozent deutlich erhöhen werden, nach einem Anstieg von 0,5 Prozent im laufenden Jahr.

Die zweite Welle führt zu einem abermaligen Rückgang der privaten Konsumausgaben.

Die privaten Konsumausgaben sind im dritten Quartal kräftig um 10,8 Prozent gestiegen und haben damit bereits einen Gutteil des Corona-bedingten Einbruchs aus der ersten Jahreshälfte wieder wettgemacht. Die Einzelhandelsumsätze deuten darauf hin, dass sich dieser Aufholprozess bis in den Oktober hinein fortgesetzt hat. Durch die zusätzlichen Maßnahmen im November ist er jedoch unterbrochen worden. Zwar dürften die Auswirkungen deutlich geringer als noch im Frühjahr ausfallen. Dafür spricht neben Messungen der Passantenfrequenz in deutschen Innenstädten und anderen Mobilitätsindikatoren auch das Konsumklima, das zuletzt rückläufig war, sich im November aber noch auf deutlich höherem Niveau als im Frühjahr befand. Allerdings rechnen wir damit, dass die neuen Shutdown-Maßnahmen zumindest zum Teil länger in Kraft bleiben werden und somit die Konsumaktivität für einen längeren Zeitraum dämpfen werden. Für unsere Prognose nehmen wir an, dass die im November eingeführten Maßnahmen erst im März wieder gelockert werden, während die Dezember-Maßnahmen, die insbesondere große Teile des Einzelhandels betreffen, nur bis Mitte Januar gelten. Vor diesem Hintergrund dürften insbesondere die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen wohl in etwa auf das Niveau vom ersten Shutdown zurückfallen und dort bis zur Lockerung verharren. Allein dadurch dürften die privaten Konsumausgaben im vierten Quartal insgesamt um mehr als 2 Prozent gedrückt werden. Gedämpft werden auch die Ausgaben bei den Verwendungszwecken „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“,

„Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ sowie „sonstige Dienstleistungen“, wenngleich nicht in dem Ausmaß wie im Frühjahr. So sind hier einzelne Kategorien wie der Kfz-Handel oder der Erwerb von Freizeitwaren nur für recht kurze Zeit betroffen. In anderen stark betroffenen Bereichen, wie bei den Kulturdienstleistungen oder Pauschalreisen, befanden sich die Ausgaben ohnehin noch auf einem niedrigen Niveau. Insgesamt werden die privaten Konsumausgaben im vierten Quartal wohl um 4 Prozent zurückgehen. Einem stärkeren Rückgang entgegen wirkt, dass die Konsumaktivität im Oktober wohl noch recht hoch gewesen ist. Zudem hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Jahreswechsel erfahrungsgemäß zu spürbaren Vorzieheffekten geführt. Für unsere Prognose unterstellen wir, dass der private Konsum dadurch für sich genommen im vierten Quartal um etwa 1 Prozent höher ausfällt.¹ Da im Gegenzug die Konsumausgaben wohl insbesondere zu Jahresbeginn niedriger ausfallen werden, zeichnet sich für das erste Quartal ein weiterer deutlicher Rückgang des privaten Konsums ab, zumal die November-Maßnahmen unseren Annahmen zufolge erst gegen Ende des ersten Quartals wieder gelockert werden. Sofern das Infektionsgeschehen erfolgreich eingedämmt werden kann und die Maßnahmen zum Infektionsschutz nachhaltig gelockert werden, setzt im Sommerhalbjahr ähnlich wie nach dem ersten Shutdown eine kräftige Erholung bei den privaten Konsumausgaben ein. Alles in allem wird der private Konsum im laufenden Jahr wohl um 6,3 Prozent zurückgehen. In den kommenden beiden Jahren dürfte er um 2,7 Prozent (2021) bzw. 7,2 Prozent (2022) zulegen.

Seit dem Beginn der Pandemie wurde Kaufkraft der privaten Haushalte in erheblichem Umfang aufgestaut. Die im Jahresverlauf starken Ausschläge bei den privaten Konsumausgaben waren nur zu geringen Teilen Schwankungen bei den verfügbaren Einkommen

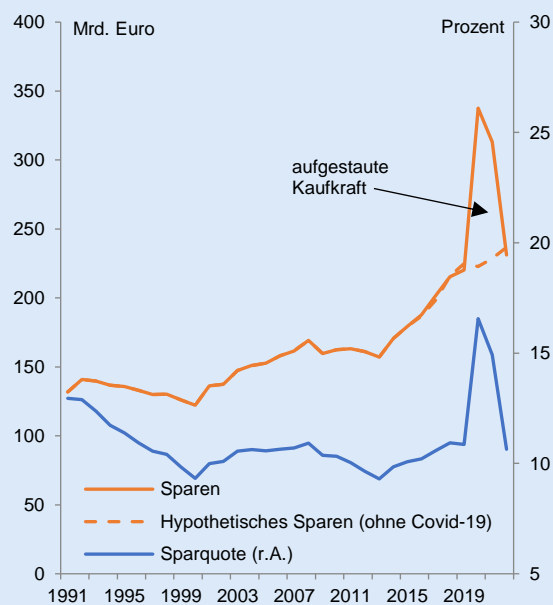
¹ Die Vorzieheffekte wären damit etwas geringer als sie vor der permanenten Mehrwertsteuererhöhung zum Jahreswechsel 2006/2007 zu beobachten waren. Für geringere Vorzieheffekte spricht, dass Corona-bedingt das Konsumklima gedrückt und die Konsummöglichkeiten eingeschränkt sind und sich die deutsche Wirtschaft damals in einem deutlich günstigeren konjunkturellen Umfeld bewegte. Für größere Vorzieheffekte spricht, dass nun auch der

ermäßigte Satz erhöht wird und sich aufgrund der höheren Sparquote im großen Umfang Kaufkraft aufgestaut hat. Das Ausmaß der Vorzieheffekte kann spürbaren Einfluss auf den Quartalsverlauf der privaten Konsumausgaben insbesondere im Winterhalbjahr haben. Auf das Konjunkturbild insgesamt dürften die Auswirkungen gering sein.

geschuldet. So gingen die Einkommen im zweiten Quartal um 1 Prozent zurück, während die privaten Konsumausgaben um mehr als 11 Prozent einbrachen. Maßgeblich dafür waren private und öffentliche Maßnahmen zum Infektionsschutz. Auch Unsicherheit über die Dauer und das Ausmaß des wirtschaftlichen Einflusses der Pandemie dürften dazu beigetragen haben, dass die privaten Haushalte mehr gespart haben. In der Folge stieg die Sparquote in der ersten Jahreshälfte sprunghaft um mehr als 10 Prozentpunkte auf über 20 Prozent an. Auch im dritten Quartal, in dem die privaten Konsumausgaben wieder kräftig anzogen, lag sie mit 16,2 Prozent noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Zur Fortschreibung der Sparquote stehen kaum belastbare Indikatoren oder empirische Zusammenhänge zur Verfügung. Für unsere Prognose nehmen wir an, dass sich die Sparquote im Verlauf des kommenden Jahres, wenn die Corona-Pandemie nachhaltig zurückgedrängt wird, rasch wieder ihrem Vorkrisenniveau von rund 11 Prozent annähert und dann etwas unterhalb dieses Niveaus verbleibt. Dies impliziert, dass die in der Zwischenzeit angehäufte Ersparnis nur langsam wieder in den privaten Konsum fließt. Unserer Prognose zufolge beträgt die im laufenden und im kommenden Jahr aufgestaute Kaufkraft rund 200 Mrd. Euro bzw. etwa 10 Prozent des verfügbaren Einkommens des Jahres 2019 (Abbildung 2). Ob dieser Betrag tatsächlich langfristig in der Ersparnis bleibt, er nach und nach für Konsumausgaben oder andere Ausgaben aufgewendet oder sich vergleichsweise rasch in deutlich höheren Konsumausgaben entlädt, ist freilich schwer vorherzusagen.

Die Unternehmensinvestitionen werden durch die konjunkturelle Eintrübung im Winterhalbjahr kaum belastet. Im dritten Quartal haben sich die Unternehmensinvestitionen vom Einbruch im Frühjahr spürbar erholt. Allerdings lagen sie immer noch rund 5 Prozent unter ihrem Vorkrisenniveau. Mit dem Wiederaufflammen der Corona-Pandemie haben sich die Unternehmenserwartungen zwar zuletzt wieder eingetrübt. Auch ist die Unsicherheit – gemessen an den Indikatoren zur wirtschaftspoliti-

Abbildung 2:
Sparen 1991–2022



Jahresdaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

sehen Unsicherheit – deutlich gestiegen. Allerdings dürften die Unternehmen insbesondere in den nicht unmittelbar von der Pandemie betroffenen Branchen, ihre Investitionen nicht noch einmal deutlich zurückfahren, da mittlerweile eine klare Perspektive besteht, dass die Pandemie im Verlauf des kommenden Jahres nachhaltig zurückgedrängt werden kann. Unternehmen in den unmittelbar betroffenen Branchen werden sich zwar voraussichtlich noch mit Investitionen zurückhalten, auch weil ihre Eigenkapitalbasis mittlerweile massiv angegriffen sein dürfte. Allerdings machen ihre Investitionen nur einen sehr kleinen Teil an den gesamten Unternehmensinvestitionen aus.² Insgesamt dürften die Unternehmensinvestitionen im vierten Quartal sogar weiter ausgeweitet werden. So deuten die Inlandsumsätze und die Produktion der Investitionsgüterhersteller im Oktober auf eine deutliche Aufwärtsbewegung bei den Ausrüstungsinvestitionen hin. Im Verlauf des kommenden Jahres, wenn die Pandemie tatsächlich erfolgreich zurückgedrängt

² So lag der Anteil der derzeit besonders beeinträchtigten Branchen „Gastgewerbe“ und „Kunst,

Unterhaltung und Kultur“ an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2018 bei 2 Prozent.

werden sollte, werden auch die Unternehmensinvestitionen wieder kräftig anziehen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einem Anstieg der Unternehmensinvestitionen von 6 Prozent für das kommende Jahr, nach einem Rückgang von 6,3 Prozent im laufenden Jahr. Im Jahr 2022 wird sich die Erholung voraussichtlich fortsetzen und die Unternehmensinvestitionen um 4,2 Prozent ausgeweitet werden.

Die Bauinvestitionen ziehen wieder an. Im Zuge der Corona-Krise sind die Bauinvestitionen im Sommerhalbjahr zurückgegangen. Insgesamt fielen die Rückgänge aber vergleichsweise moderat aus, zumal sie einem sprunghaften Anstieg zu Jahresbeginn folgten und sich die Bauaktivität somit auf recht hohem Niveau befand. Im vierten Quartal dürften die Bauinvestitionen wieder spürbar anziehen. So lag die Bauproduktion im Oktober deutlich über dem Niveau vom dritten Quartal. Auch die Kapazitätsauslastung in der Baubranche ist Umfragen zufolge seit einigen Monaten bis in den November hinein wieder aufwärtsgerichtet. Auch im weiteren Verlauf werden die Bauinvestitionen voraussichtlich recht kräftig ausgeweitet werden. So sind die Auftragseingänge nach einer kurzen Flaute zu Beginn der Corona-Krise zuletzt wieder deutlich gestiegen und der Auftragsbestand befindet sich nach wie vor auf hohem Niveau. Vor allem für den Wohnungsbau sind die Rahmenbedingungen mit den äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen, dem recht hohen Bedarf an Wohnraum sowie der im Zuge der Corona-Krise aufgestauten Kaufkraft der privaten Haushalte äußerst anregend. Im öffentlichen Bau dürften in den kommenden Monaten noch zahlreiche bereits angestoßene Projekte umgesetzt werden. Mit der Zeit wird sich hier aber wohl die deutlich verschlechterte Kassenlage insbesondere der Kommunen bemerkbar machen, so dass die Impulse von dieser Seite her spürbar nachlassen werden. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen sowohl im laufenden Jahr als auch in den kommenden beiden Jahren um etwa 2,5 Prozent ausgeweitet werden.

Entstehung

Das Wiederaufflammen der Corona-Pandemie und die seit November eingeführten Shutdown-Maßnahmen werden die Brutto-

wertschöpfung spürbar bremsen. Allerdings werden sich die Einbußen anders als im Frühjahr, als große Teile der Wirtschaft von der Abwärtsdynamik erfasst wurden, nun wohl deutlich stärker auf einzelne Branchen, in denen soziale Kontakte eine große Rolle spielen, konzentrieren (Kasten 1). Zudem deuten die Frühindikatoren darauf hin, dass die wirtschaftliche Aktivität im Oktober noch ausgesprochen hoch war. Für sich genommen würden die vorliegenden Frühindikatoren für einen deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal sprechen. Aufgrund des erhöhten Infektionsgeschehens und den damit verbundenen Maßnahmen zeichnet sich nun jedoch ein Rückgang ab. Da einige der Maßnahmen wohl auch noch weit in das erste Quartal hineinreichen werden, dürfte das Bruttoinlandsprodukt auch dann noch einmal zurückgehen, zumal die zum Jahresende auslaufende temporäre Mehrwertsteuersenkung wohl dazu geführt hat, dass wirtschaftliche Aktivität insbesondere aus dem ersten Quartal in das Abschlussquartal des laufenden Jahres vorgezogen wurde.

Die Industrie wird die zweite Welle der Corona-Pandemie weitestgehend unbeschadet überstehen. Das Auslandsgeschäft der Industrie dürfte im Winterhalbjahr angesichts der vergleichsweise robusten Weltkonjunktur aufwärts gerichtet bleiben. Auch zeichnen sich anders als im Frühjahr keine weitreichenden Störungen von Lieferketten ab. Zudem befinden sich die Auftragseingänge nach dem kräftigen Anstieg im Oktober mittlerweile bereits wieder auf dem Vorkrisenniveau und sprechen für weiteres Aufholpotenzial. Eine massive Stornierung von Aufträgen, beispielsweise für Investitionsgüter, ist derzeit eher unwahrscheinlich, da das Infektionsgeschehen vielerorts im Oktober bereits wieder deutlich zugenommen hatte und sich mittlerweile – auch aufgrund der Meldungen zur Wirksamkeit von Impfstoffen – eine klare Perspektive aufgetan hat, dass die Pandemie im Verlauf des kommenden Jahres weltweit nachhaltig zurückgedrängt werden kann. Vor diesem Hintergrund dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im vierten Quartal angesichts des hohen Produktionsniveaus im Oktober wohl sogar zulegen. Im ersten Quartal des kommenden Jahres werden sich voraussichtlich – wenn

auch moderate – Bremsspuren zeigen. Sofern die Pandemie ab dem Frühjahr nachhaltig zurückgedrängt werden kann, wird sich in den Folgequartalen eine spürbare Erholung einstellen. Produktionsdämpfend könnte ein umfassender Arbeitsausfall durch fehlende Kinderbetreuung wirken (Kasten 2). Sofern die Dezember-Maßnahmen nur recht kurz über die Ferienzeit hinausragen, gehen wir jedoch nicht von im Quartalsverlauf sichtbaren Belastungen aus.

In den Dienstleistungsbranchen wird sich das Wiederaufflammen der Pandemie deutlich differenzierter bemerkbar machen als noch im Frühjahr. Insbesondere bei den konsumnahen Dienstleistern, die unmittelbar von den neuen Maßnahmen zum Infektionsschutz betroffen sind, wird die Wertschöpfung erneut einbrechen. Dazu zählt insbesondere das Gastgewerbe, das im Sommer bereits rund 2/3 des Einbruchs vom Frühjahr wieder wettgemacht hatte. In anderen Branchen, wie der Luftfahrt, in denen sich seit dem Frühjahr noch kaum eine Erholung eingestellt hatte, werden die neuen Shutdown-Maßnahmen dagegen gesamtwirtschaftlich vergleichsweise wenig ins Gewicht fallen. Die unternehmensnahen Dienstleister werden durch das Wiederaufflammen der Pandemie geringfügiger betroffen sein. Zwar dürfte die Erholung auch in diesen Branchen gebremst werden. Allerdings sprechen zumindest die bislang für den November vorliegenden Frühindikatoren hier allenfalls für einen moderaten Rückgang der Wertschöpfung. Zudem sind die unternehmensnahen Dienstleister auch von den im Dezember beschlossenen Maßnahmen nicht unmittelbar betroffen und auch die Auftraggeber aus der Industrie werden voraussichtlich deutlich weniger als im Frühjahr beeinträchtigt werden.

Preisentwicklung

Der Ölpreis setzt seinen Erholungskurs fort, und der Euro wertet leicht auf. Im Frühjahr war der Preis für ein Fass Brent-Öl zeitweilig unter 20 US-Dollar gefallen. Seitdem ist er im Zuge der Überwindung der unmittelbaren wirtschaftlichen Verwerfungen in der Frühphase der Pandemie und aufgrund von Anpassungen bei den Fördermengen wieder deutlich gestiegen, allerdings lag er auch zuletzt mit rund 50 Dollar noch merklich unter seinem Wert von vor

einem Jahr (circa 65 Dollar). Wir rechnen damit, dass der Ölpreis seinen leichten Aufwärtstrend vorerst beibehalten wird. Der Euro kostete zuletzt rund 1,20 US-Dollar und war damit 10 Cent teurer als noch vor einem Jahr. Auch nominal-effektiv wertete er um mehr als 6 Prozent auf.

Derzeit dämpfen die temporäre Mehrwertsteuersenkung und die Energiepreise die Inflation, im kommenden Jahr dürfte sie dann deutlich steigen. Im November lag der Verbraucherpreisindex (VPI) 0,3 Prozent unter seinem Niveau im Vorjahresmonat. Hierzu trugen zum einen die Energiepreise bei, welche, wohl auch aufgrund des im Vorjahresvergleich weiterhin niedrigen Ölpreises, im November 7,7 Prozent niedriger waren als vor Jahresfrist. Ohne die volatile Energiekomponente verzeichnete der Verbraucherpreisindex einen Anstieg von 0,7 Prozent. Zum anderen drückte die temporäre Mehrwertsteuersenkung, die wohl zu etwa zwei Dritteln an die Verbraucher weitergegeben wurde, die Preise. Ohne diesen Faktor hätte die Kernrate der Inflation wohl recht nahe bei zwei Prozent gelegen; der unterliegende Preisauftrieb reagierte demnach kaum auf den extremen Konjunkturverlauf. Anfang kommenden Jahres wird sich mit dem Ende der Mehrwertsteuersenkung ein entgegengesetzter, preistreibender Effekt einstellen (circa 1,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal). Darüber hinaus dürften Maßnahmen der Klimapolitik zu Teuerungen auf der Verbraucherebene führen (in Summe 0,4 Prozent). Nach einem moderaten Anstieg des VPI in 2020 um 0,5 Prozent rechnen wir daher mit einer Inflationsrate von 2,6 Prozent in 2021. Für das Jahr 2022, für das keine größeren Sondereffekte unterstellt sind, erwarten wir dann 1,7 Prozent. Eine Unwägbarkeit entsteht durch die hohe zusätzliche Ersparnis, die die privaten Haushalte während der Pandemie aufbauen. Sollte diese nach Ende der Geschäftseinschränkungen für den Konsum verausgabt werden, könnte dies einen zusätzlichen Inflationsschub auslösen. Demgegenüber dürften die besonderen Kosten, die durch Infektionsschutzmaßnahmen anfallen, im späteren Verlauf des Prognosezeitraums wegfallen.

Arbeitsmarkt

Die Tarifverdienstzuwächse verlangsamten sich zunächst weiter. Die diesjährigen Tarifverhandlungen waren geprägt von der tiefen Rezession infolge der Corona-Pandemie. Viele Verträge stammten jedoch aus der Zeit vor der Krise, so dass die Tarifverdienste (laut Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) im laufenden Jahr noch mit einer Rate von 2,1 Prozent zugelegt haben dürften, nach 2,9 Prozent im Jahr 2019. Wir erwarten für das kommende Jahr einen weiteren Rückgang des Tarifverdienstanstiegs auf 1,8 Prozent. In einigen gewichtigen Bereichen ist bereits eine Verlangsamung angelegt, wie z.B. durch den jüngsten Abschluss im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden, aber auch im öffentlichen Dienst der Länder, wo erst im Herbst 2021 neu verhandelt wird. Hinsichtlich der laufenden Verhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie gehen wir allerdings nicht von einer erneuten Nullrunde aus, wie sie im März bis Ende dieses Jahres vereinbart worden war, sondern von einem Abschluss mit moderater Zuwachsrate, da die Industrie weniger von der zweiten Pandemiewelle betroffen sein dürfte als noch von der ersten im Frühjahr. Das Wiedereinsetzen der wirtschaftlichen Erholung im Verlauf des kommenden Jahres wird sich mit Verzögerung auch bei den Tarifverdiensten widerspiegeln. Für das Jahr 2022 rechnen wir mit einem Anziehen des Tarifverdienstanstiegs auf 2,3 Prozent.

Die Erholung der Effektivverdienste verzögert sich. Die effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer erholten sich im dritten Quartal mit saisonbereinigt 3,7 Prozent weitaus stärker als von uns im Herbst mit 1,8 Prozent prognostiziert, nachdem sie im zweiten Quartal mit 4,6 Prozent zudem weniger stark gefallen waren als zunächst im August vom Statistischen Bundesamt berichtet (-5,1 Prozent). Sowohl der Rückgang als auch die Erholung der Effektivverdienste standen in engem Zusammenhang mit dem Einsatz von Kurzarbeit (Kasten 3). Im Verlauf des vierten Quartals dürfte die Kurzarbeit angesichts der neuerlichen Shutdown-Maßnahmen wieder ausgeweitet worden sein. Im November zeigten Unternehmen bei den Arbeitsagenturen erstmals seit dem Frühjahr wieder mehr Kurzarbeit an (fast

die Hälfte der Anzeigen kam dabei aus dem Gastgewerbe), und auch laut monatlicher Konjunkturumfrage des ifo Instituts nahm der Anteil der Unternehmen mit Kurzarbeit zu. Entsprechend dürften die Effektivverdienste im laufenden Quartal deutlich an Tempo verlieren. Für das Gesamtjahr 2020 erwarten wir ein Minus von 0,4 Prozent; dies wäre der erste Rückgang seit 50 Jahren. Auch im ersten Quartal des kommenden Jahres werden die Verdienste wohl schwächeln, da die Kurzarbeit weiter ausgeweitet werden dürfte, wenngleich wir in der Spitze deutlich niedrigere Kurzarbeiterzahlen erwarten, als im Frühjahr verzeichnet wurden. Mit Wiedereinsetzen der wirtschaftlichen Erholung ab dem Frühjahr des Jahres 2021 dürfte die Kurzarbeit rasch sinken und die Effektivverdienste entsprechend dynamisch zulegen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Verdienste je Arbeitnehmer von jeweils 3,6 Prozent in den Jahren 2021 und 2022.

Die Erwerbstätigkeit dürfte erst ab Mitte des kommenden Jahres auf den Erholungspfad einschwenken. Den überwiegenden Teil des Produktionseinbruchs im Frühjahr fingen die Unternehmen über eine Reduzierung der Arbeitszeit mittels Kurzarbeit auf. Nichtsdestotrotz sank die Zahl der Erwerbstätigen zwischen März und Mai spürbar. Eine nennenswerte Erholung fand seitdem nicht statt. Der krisenbedingte Beschäftigungsverlust lag unserer Schätzung zufolge im Oktober bei 860 000 Stellen. Die mit Abstand am stärksten betroffene Gruppe ist dabei die der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten, die mangels Sozialversicherungspflicht keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld besitzen. Der Teil-Shutdown seit November und die Verschärfung der Maßnahmen um die Jahreswende wird voraussichtlich zu einem erneuten Anstieg der Kurzarbeit und Rückgang der Erwerbstätigkeit führen; das Ausmaß dürfte gleichwohl deutlich geringer ausfallen als im Frühjahr. Wir rechnen für das laufende Schlussquartal sowie für das erste Quartal im kommenden Jahr daher mit einer rückläufigen Erwerbstätigkeit. Das Wiedereinsetzen der wirtschaftlichen Erholung ab dem Frühjahr 2021 wird zunächst über einen Abbau der Kurzarbeit und dadurch resultierenden Anstieg der Arbeitszeit realisiert werden. Gegen Ende des Jahres dürfte dann auch die Erholung

der Erwerbstätigkeit an Fahrt gewinnen. Die Arbeitslosenquote wird infolgedessen im Jahresdurchschnitt 2021 mit 6,1 Prozent noch einmal höher liegen als im Vorjahr (5,9 Prozent), wenngleich nur geringfügig. Im Jahr 2022 sinkt sie unserer Prognose zufolge auf 5,5 Prozent.

Öffentliche Finanzen

Das gesamtstaatliche Budgetdefizit im laufenden Jahr dürfte trotz der zweiten Welle geringer bleiben als zunächst angenommen.

Der Konjunkturereinbruch und zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen in Reaktion auf die Corona-Krise haben zu erheblichen Mehrausgaben geführt. Durch Sofort- und Überbrückungshilfen, sogenannte Novemberhilfen sowie weitere Hilfsprogramme und die Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen von Kurzarbeitern durch die Bundesagentur für Arbeit sind die Subventionen dieses Jahr kräftig gestiegen von 31 Mrd. Euro im Jahr 2019 auf nun 77 Mrd. Euro. Allerdings wurden insbesondere die Sofort- und Überbrückungshilfen in deutlich geringerem Umfang abgerufen als geplant, so dass für die angesichts der zweiten Welle initiierten Novemberhilfen kein weiterer Nachtragshaushalt notwendig wurde.³ Zugleich belastet die Konjunktur die Einnahmeseite, wobei allerdings die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen durch das Einspringen der Bundesagentur für Arbeit deutlich weniger betroffen sind als die Steuereinnahmen. Insbesondere bei gewinnabhängigen Steuern gab es deutliche Einbrüche. Sieht man von finanzpolitischen Maßnahmen wie der temporären Umsatzsteuersenkung und dem Kinderbonus ab, sanken Umsatz- und Lohnsteuereinnahmen weniger stark, wobei die Umsatzsteuer zwar von der Konsumzurückhaltung betroffen war, doch vom stabilen Wohnungsbau gestützt wurde. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 2020 mit einem gesamtstaatlichen Defizit von 162 Mrd. Euro (4,9 Prozent in Relation zum BIP). Das Defizit läge damit trotz der zweiten Welle rund 7 Mrd. Euro niedriger als noch im Herbst von uns prognostiziert.

³ Wir nehmen an, dass die Novemberhilfen noch im laufenden Jahr die öffentlichen Haushalte belasten. Die Auszahlungen erfolgen wahrscheinlich zunächst nur in Form von Abschlägen. Die Abrechnung der Hilfen dürfte erst im kommenden Jahr erfolgen. An

Im kommenden Jahr sinkt der Fehlbetrag, bleibt aber auf einem hohen Niveau.

Zwar sorgt die konjunkturelle Erholung für deutlich steigende Einnahmen bei Steuern und Beiträgen sowie für sinkende Ausgaben auf Seiten der Bundesagentur für Arbeit, doch steigen die Ausgaben für Subventionen abermals deutlich. Dies geht zum einen auf Gütersubventionen zurück, die einen kräftigen Anstieg der Strompreise für Endverbraucher verhindern sollen, und zum anderen auf zusätzliche Hilfen für Unternehmen und Selbständige. So rechnen wir damit, dass die sogenannten Dezemberhilfen im Jahr 2021 ausgereicht werden. Zudem wird es das Überbrückungsgeld III geben. Für zusätzliche Unternehmenshilfen sind derzeit 37,5 Mrd. Euro im Bundeshaushalt eingestellt. Wir rechnen mit einem weitgehenden Ausschöpfen dieses Betrags. Außerdem sollen die Ausgaben des Bundesgesundheitsministeriums wiederum kräftig zulegen. Die Mittel sollen den Beitragsatz in der GKV stabilisieren und zusätzliche Kosten in der Pandemiebekämpfung abdecken. Unter anderem sind rund 2 ½ Mrd. Euro für die zentrale Beschaffung von Impfstoffen eingeplant. Insgesamt dürfte das Defizit auf 143 Mrd. Euro (4,1 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sinken.

Im Jahr 2022 dürften die Ausgaben des Staats gemessen am Bruttoinlandsprodukt auf einem historisch hohen Niveau bleiben.

Viele krisenbedingte Ausgaben werden im Jahr 2022 zwar entfallen, zudem werden Konsolidierungsbemühungen auf allen Ebenen die sonstige Ausgabedynamik ein wenig dämpfen. Die mit dem Konjunkturprogramm im Sommer 2020 beschlossenen Maßnahmen dürften aber dazu führen, dass zum einen Vermögensübertragungen weiter zulegen und zum anderen Subventionen trotz des Endes der Überbrückungshilfen deutlich über den Werten vor der Krise liegen werden. Außerdem wird es zur Mitte des Jahres nach einer Nullrunde für den Westteil und einer geringen Anhebung für den Ostteil im Jahr 2021 zu einer sehr kräftigen Rentensteigerung kommen (Kasten 4). Die Einnahmen des Staates

dieser Stelle unterstellen wir, dass die Abschläge ein ähnliches Volumen wie die tatsächlichen Hilfen haben werden.

werden im Jahr 2022 getrieben von der wirtschaftlichen Erholung wohl kräftig expandieren. Allerdings dürfte das Tempo nicht ausreichen, um die öffentlichen Haushalte auszugleichen. Wir rechnen mit einem gesamtstaatlichen Defizit von 65 Mrd. Euro (1,8 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Der strukturelle Saldo dürfte nur geringfügig günstiger sein. Der gemessen an den Vorgaben der Schuldenbremse von 0,35 Prozent immer noch hohe Wert muss allerdings nicht bedeuten, dass in diesem Szenario der Bund oder die Länder abermals eine Notlage feststellen oder gegen die Schuldenbremse verstoßen müssen. Hierbei ist zu bedenken, dass ein Teil der Defizite auf Sozialversicherungen und Kommunen zurückgeht, es Unterschiede in der statistischen Erfassung zwischen der für die Schuldenbremse relevante Nettokreditaufnahme und dem Finanzierungssaldo in den VGR gibt, Bund und einige Länder auf Rücklagen zurückgreifen können und diverse Länder die Kreditaufnahme im Jahr 2020 dazu genutzt haben, Defizite in den folgenden Jahren zu finanzieren (Kasten 4).

Risiken und Wirtschaftspolitik

Wendungen im Pandemiegeschehen sowie ihre wirtschaftlichen Folgen bleiben unsicher. Solange zur Eindämmung der Pandemie Maßnahmen greifen, die die ökonomische Aktivität beeinträchtigen, ist die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung maßgeblich durch den Pandemieverlauf bedingt. Unsicherheit besteht dabei nicht nur über die politischen und privaten Reaktionen auf den Infektionsverlauf, sondern auch hinsichtlich der Wirkung dieser Maßnahmen auf das Wirtschaftsleben. Sofern die Dezember-Maßnahmen anders als in unserer Prognose unterstellt deutlich über Mitte Januar hinaus in Kraft blieben und die Industrie stärker in Mitleidenschaft geriete, wäre mit einer deutlich schwächeren wirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Ferner ist derzeit nicht klar, in welchem Umfang die Krise bereits den Unternehmenssektor geschwächt hat, auch weil mit dem Aussetzen der Insolvenzpflicht ein wichtiger Seismograf abgeschaltet wurde. Sollte sich die Pandemie deutlich länger hinziehen als hier unterstellt – etwa, weil sich der erwartete Impferfolg nicht einstellt –, verschiebt sich die

Erholung nicht nur weiter in die Zukunft, sondern könnte infolge vermehrter Insolvenzen auch merklich schwächer ausfallen.

In der massiv angeschwollenen Ersparnis liegt ein erhebliches Aufwärtsrisiko sowohl für die Konjunktur als auch für die Verbraucherpreise. Die behördlichen und privaten Infektionsschutzmaßnahmen haben die Ausgabemöglichkeiten der Konsumenten für kontaktintensive Leistungen (z. B. Tourismus, Gastronomie) erheblich eingeengt. Nur zu einem kleinen Teil floss die Kaufkraft, die in diesen Bereichen nicht verausgabt werden konnte, in den Kauf anderer Güter. Im Ergebnis ist die private Ersparnis massiv angeschwollen. Für die beiden Krisenjahre 2020 und 2021 beläuft sich die so aufgestaute Kaufkraft auf insgesamt 200 Mrd. Euro. In dieser Prognose unterstellen wir, dass mit dem Rückzug der Pandemie die private Sparquote nur leicht unter ihr Vorkrisenniveau sinkt. Dem entspricht eine Rückkehr der Verbraucher zu ihren gewohnten Ausgabemustern, also ohne das während der Pandemiezeit zusätzlich aufgebaute Geldvermögen nennenswert anzutasten. In dem Maße wie sie es für zusätzliche Käufe verausgaben, steigt die Nachfrage auf den Konsumgütermärkten. Je nach Verwendungszweck ergeben sich dadurch unterschiedliche Mengen- und Preiseffekte. So würde der Wunsch, insbesondere vermehrt kontaktintensive Dienstleistungen nachzuholen, die während der Pandemie entbehrt werden mussten, auf Kapazitäten treffen, die bereits durch die Rückkehr zu Konsummustern aus der Vorkrisenzeit normal ausgelastet wären. Im Ergebnis dürften in diesen Bereichen die Preise zwischenzeitlich stärker anziehen.

Das Kieler Modell betrieblicher Stabilisierungshilfen verspricht größere Wirksamkeit als die bislang eingesetzten Instrumente zur Unterstützung des Unternehmenssektors. Das in Unternehmensstrukturen verkörperte spezifische Wissen bestimmt die gesamtwirtschaftliche Produktivität maßgeblich mit. Die Corona-Pandemie lässt sich als exogener temporärer Schock auffassen, der Teile des Wirtschaftsgeschehens zwischenzeitlich unterbricht, aber nicht dauerhaft in Frage stellt. So dürften die Konsumenten im Großen und Ganzen zu den bisherigen Verbrauchsmustern zurückkehren. Damit bleiben im Wesentlichen

auch die sich vor der Corona-Krise herausgebildeten unternehmerischen Organisationsformen in der Zeit nach der Krise gesamtwirtschaftlich wertvoll. Der Fortbestand dieser grundsätzlich marktfähigen Unternehmen ist gefährdet, wenn die Geschäftsmodelle krisenbedingt für längere Zeit stark eingeschränkt sind und so das Eigenkapital der Unternehmen erodiert. Es ist dann wirtschaftspolitisch sinnvoll, diese Unternehmen vor dem Untergang zu bewahren. Hierzu hat die Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise bislang jedoch recht unstet agiert. So wurden Unternehmenshilfen je nach Betriebsgröße und Branche mal als Pauschalzuschuss (Soforthilfen), mal als Ersatz bestimmter Fixkostenkomponenten (Überbrückungshilfen) und mal als Umsatzerersatz (November- und Dezemberhilfen) gewährt. Kennzeichnend waren zudem scharfe Schwellenwerte und Obergrenzen, die die Passgenauigkeit der jeweiligen Instrumente für unterschiedliche Unternehmen weiter einschränken, so dass es sowohl zu Über- als auch zu Unterförderung kommen kann. Die bürokratische Ausgestaltung dürfte dazu beigetragen haben, dass die ursprünglichen Überbrückungshilfen bislang kaum abgerufen wurden. In Reaktion darauf wurden die Kriterien mehrfach verändert. Mit dem Jahr 2021 tritt nun das Überbrückungsgeld III in Kraft, wobei man an gestaffelten Ersatzraten für bestimmte Fixkosten je nach Umsatzeinbruch und an Höchstbeiträgen festhält. Für Soloselbständige und kleine, wenig kapitalintensive Unternehmen ebenso wie für große Unternehmen bietet ein solcher Ansatz wenig Schutz. Daher dürfte ein weiteres Nachsteuern kaum zu vermeiden sein, falls die Pandemie nicht schnell überwunden werden sollte. Neben einer zu wenig zielgenauen Unterstützung wird so auch die für planvolleres Handeln erforderliche Stabilisierung der Erwartungen verfehlt. Um die von der Krise betroffenen Unternehmen wirksamer zu helfen,

hat das IfW Kiel einen branchenübergreifenden Mechanismus vorgeschlagen, der unabhängig von Größe, Rechtsform und Finanzierungsstruktur in systematischer Weise betriebliche Stabilisierungshilfen bereitstellt, über die ein Großteil der krisenbedingt ausgefallenen Betriebsergebnisse kompensiert wird (Felbermayr und Kooths 2020).

Um stark schwankende Rentenanpassungen und ein mehrjährig überhöhtes Rentenniveau zu vermeiden, sollte die Rentenformel angepasst werden. Die Rentenanpassungen werden in den kommenden Jahren große Ausschläge aufweisen, was eine Reform der Rentenanpassungsformel nahelegt (Kasten 5). Nach einer Nullrunde im kommenden Jahr wird es im Jahr 2022 einen erheblichen Anstieg geben und im Jahr 2023 wohl wieder eine Dämpfung. Jüngst hat die Deutsche Bundesbank (2020) eine Reform der Rentenanpassungsformel angemahnt. Dem schließen wir uns an. Denn im Nachgang einer Krise, die mit einer deutlichen Ausweitung der Kurzarbeit einhergeht, kann die bislang gültige Orientierung an den Bruttolöhnen und -gehältern zu Verwerfungen führen. Das Vermeiden einer Rentenkürzung ist dabei weniger zu kritisieren. Angesichts der (noch) guten Finanzlage der GRV erscheint dies durchaus vertretbar. Durch das Aussetzen des Nachholfaktors überschießt allerdings das Rentenniveau die allgemeine Lohn- und Beitragseinnahmeentwicklung für längere Zeit. Rücklagen, die die GRV für die Gestaltung des Übergangs in eine Phase rasant steigender Rentenzugänge benötigen würde, werden so frühzeitig verausgabt und Beiträge müssen früher angehoben werden. In der jetzigen Situation würde die Wiedereinführung des Nachholfaktors sowohl dem starken Schwanken der Rentenanpassungen als auch der mehrjährigen Niveauverzerrung entgegenwirken.

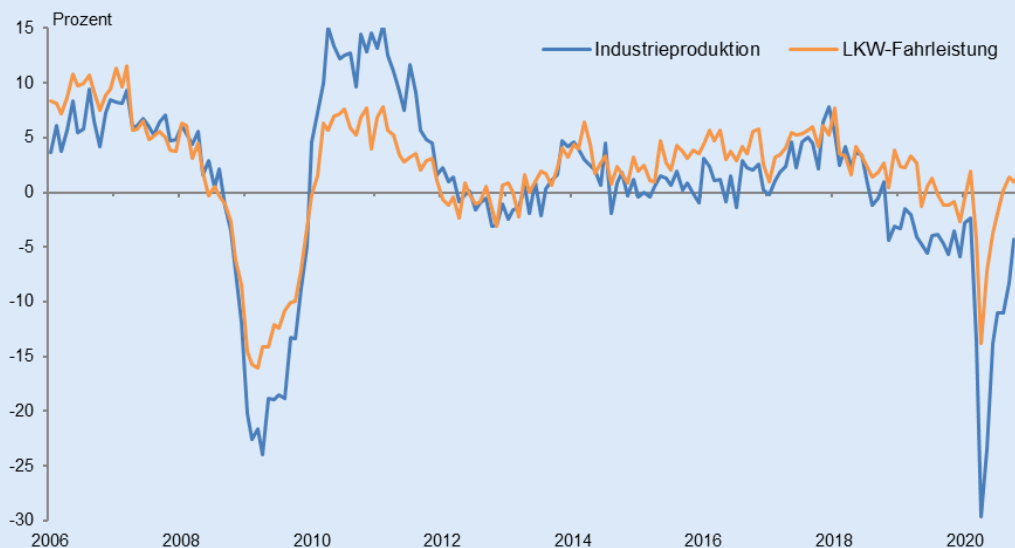
Kasten 1:**Zu den Auswirkungen der zweiten Corona-Welle auf die Konjunktur**

Die Konjunktur in Deutschland hat sich von dem Einbruch im Frühjahr bereits zu einem großen Teil erholt. Nach dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Verlauf der ersten Jahreshälfte um knapp 12 Prozent stieg das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 8,5 Prozent, und die Frühindikatoren sprachen für eine – wenn auch etwas langsamere – Fortsetzung dieses Aufholprozesses. Im Verlauf des Oktobers breitete sich das Corona-Virus in Deutschland jedoch wieder rasch aus. In der Folge wurden die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus erneut gestrafft; auch die privaten Vorsorgemaßnahmen zum Infektionsschutz dürften angesichts der steigenden Fallzahlen wieder zugenommen haben. Ähnliche Entwicklungen waren zudem in wichtigen, insbesondere europäischen Absatzmärkten zu beobachten. All dies dürfte die Erholung verzögern, allerdings ist unsicher in welchem Ausmaß die wirtschaftliche Aktivität belastet wird. Die konventionellen Frühindikatoren können dazu nur bedingt Auskunft geben, da sie zum Teil noch nicht den Zeitraum seit November abdecken bzw. für besonders betroffene Dienstleistungsbranchen weniger aussagekräftig sind als beispielsweise für das Verarbeitende Gewerbe. Neuere tagesaktuelle Indikatoren reichen zwar an den aktuellen Rand heran, können aber noch keine Auskunft über die Auswirkungen der Dezember-Maßnahmen geben.

Die verfügbaren Indikatoren zeigen, dass die deutsche Wirtschaft mit einer ausgesprochen hohen Dynamik in das vierte Quartal gestartet ist. So sind die Einzelhandelsumsätze im Oktober um 2,6 Prozent gestiegen, die Industrieproduktion sogar um 3,3 Prozent. Die derzeit zur Verfügung stehenden Frühindikatoren signalisieren einen deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal. So liegt die durchschnittliche Prognose von unterschiedlich spezifizierten dynamischen Faktorenmodellen (Hauber 2018), die jeweils rund 80 Frühindikatoren für die deutsche Konjunktur enthalten, bei einem Anstieg von 2,4 Prozent.^a Allerdings liegen für den November bislang kaum „harte“ Indikatoren zu den Auftragseingängen oder zur Produktion vor, sondern im Wesentlichen Umfragedaten. Zudem dürfte die voraussichtliche Entwicklung insbesondere in einigen der besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen in solchen Prognosen nicht vollständig abgebildet sein, da für sie nur qualitative Frühindikatoren zur Verfügung stehen und ihnen in normalen Zeiten eine vergleichsweise geringe Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung zukommt. Deshalb kann eine etwas detailliertere entstehungsseitige Abschätzung, so wie sie vom IfW (IfW Kiel 2020) und von der Gemeinschaftsdiagnose (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020) auch im Frühjahr angewendet wurde, zusätzliche Informationen liefern.

Die Industrie dürfte deutlich weniger als im Frühjahr von dem Wiederaufflammen der Pandemie und den neuen Shutdown-Maßnahmen betroffen sein. So sind ein Einbruch des Auslandsgeschäfts oder die Störung von Lieferketten in einem gesamtwirtschaftlich relevanten Ausmaß derzeit nicht in Sicht. Auch Behinderungen durch fehlende Kinderbetreuung hielten sich bislang in Grenzen und eine begrenzte Verlängerung der Ferien um den Jahreswechsel herum dürfte für viele Unternehmen ohne massive Produktionseinbußen zu bewältigen sein. Die Produktions- und Exporterwartungen der Unternehmen haben sich Umfragen zufolge zuletzt zwar etwas verschlechtert. Ein massiver Produktionsrückgang ist derzeit jedoch nicht in Sicht. So schätzten die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe per Saldo ihre Lage im November sogar besser ein als in den Vormonaten. Die Pkw-Produktion war ausweislich der Zahlen des VDA im November wohl weiter aufwärtsgerichtet. Zudem ist die Lkw-Fahrleistung, die einen recht hohen Gleichlauf mit der Industrieproduktion aufweist und zeitnah verfügbar ist (Cox et al. 2018), im November sogar leicht gestiegen (Abbildung 1) und die vorliegenden Tagesdaten für den Dezember lassen keine Abschwächung erkennen. Freilich reicht auch dieser Indikator noch nicht in den Zeitraum, ab dem die verschärften Shutdown-Maßnahmen gelten sollen. Insbesondere die Geschäftsschließungen im Einzelhandel blockieren dann einen Absatzkanal für Industriegüter. Insgesamt dürfte die dämpfende Wirkung auf die Industrie aber überschaubar bleiben, sofern die Maßnahmen so wie angekündigt nur für einen begrenzten Zeitraum gelten, so dass geplante Käufe zeitnah nachgeholt werden können. Zudem fallen recht viele Feiertage in diesen Zeitraum und seit dem Frühjahr hat der Online-Handel deutlich an Bedeutung gewonnen. Schließlich erfolgt der überwiegende Teil der Wertschöpfung der Industrie für das Auslandsgeschäft.^b Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das vierte Quartal sogar mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, vor allem weil das Niveau im Oktober bereits ausgesprochen hoch war. Im ersten Quartal des kommenden Jahres dürfte es zu einem, wenn auch im Vergleich zum Frühjahr überschaubaren, Rückgang kommen.

Abbildung K1-1:
Lkw-Fahrleistung und Industrieproduktion 2006-2020

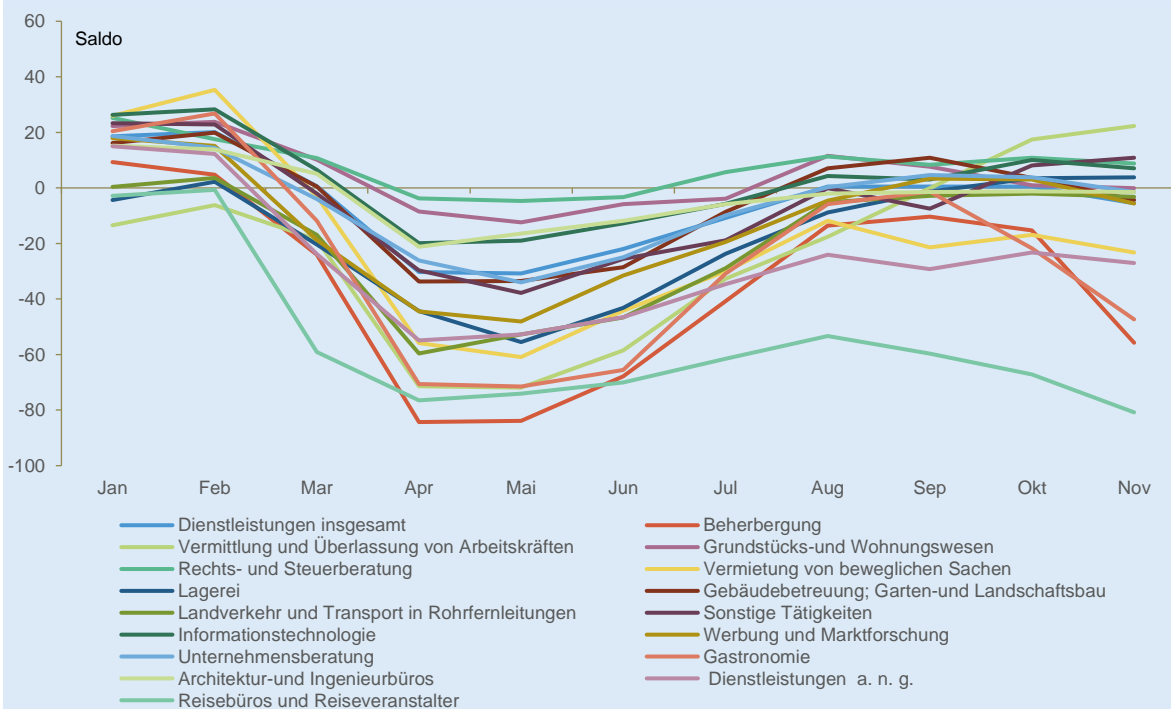


Monatsdaten; saison- und kalenderbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Für die Dienstleistungsbranchen liegen bislang vor allem Umfragedaten vor. Sie deuten auf eine deutlich heterogenere Entwicklung bei den einzelnen Branchen hin als im Frühjahr. So ist die Unternehmenszuversicht in den Branchen des Gast- und Veranstaltungsgewerbes im November wieder deutlich zurückgegangen (Abbildung 2).

Abbildung K1-2
Unternehmenszuversicht in ausgewählten Dienstleistungsbranchen



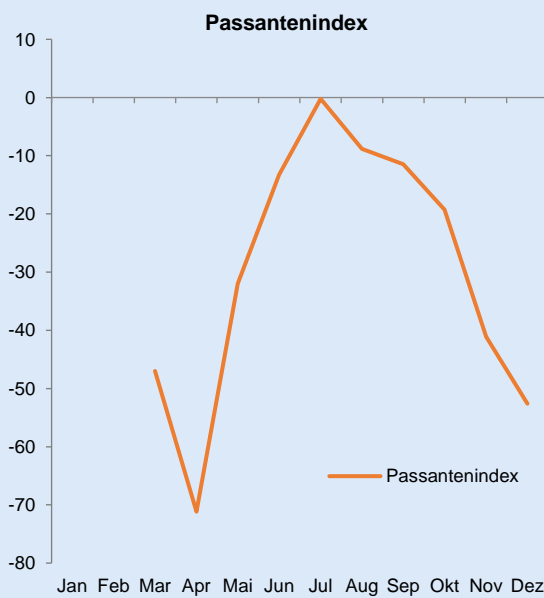
Monatsdaten. Unternehmenszuversicht (confidence indicator) auf Basis der Antworten auf die Fragen nach der Geschäftslage sowie der jüngsten bzw. erwarteten zukünftigen Nachfrage.

Quelle: Europäische Kommission.

In anderen Branchen, insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, waren dagegen nur vergleichsweise geringe Rückgänge zu beobachten; in einzelnen Branchen stieg die Zuversicht sogar. Die Einbußen konzentrieren sich somit offenbar besonders auf einzelne kontaktintensive Dienstleistungsbranchen. Diese hatten im Jahr 2019 ein Gewicht von rund 7 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung. In einigen dieser Branchen hat sich zudem seit dem Einbruch im Frühjahr noch kaum eine Erholung eingestellt, so dass ein Rückfall der Aktivität auf das Niveau vom Frühjahr nun mit ungleich geringeren Produktionseinbußen verbunden wäre. In den Dienstleistungsbranchen insgesamt hat sich das Geschäftsklima im November eingetrübt, jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaß, das im Frühjahr zu beobachten war.

Gestützt wird diese Einschätzung auch durch neuere Indikatoren, denen zu Beginn der Pandemie eine besonders hohe Bedeutung für die Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen zukam, da sie sehr zeitnah zur Verfügung stehen. So sind die Passantenzahlen in deutschen Innenstädten seit Mitte Oktober wieder deutlich rückläufig. Im November lagen sie im Durchschnitt um etwa 40 Prozent unter dem normalerweise zu verzeichnendem Niveau, nachdem sie im Juli bereits wieder in etwa auf Normalniveau lagen (Abbildung 3, links). Die vorliegenden Zahlen für den Dezember deuten auf einen weiteren Rückgang hin. Allerdings sind die Zahlen noch nicht so deutlich zurückgegangen wie im April, als nur noch rund 30 Prozent des gewöhnlichen Aufkommens zu verzeichnen gewesen war. Auch andere Mobilitätsindikatoren vom Statistischen Bundesamt oder von Google zeigen in eine ähnliche Richtung. Die Indikatoren von Google deuten dabei auf eine ausgeprägte Heterogenität zwischen verschiedenen Mobilitätszwecken hin (Abbildung 3, rechts). So ist die Mobilität für Einzelhandelsbesuche und Freizeitaktivitäten sowie an Bahnhöfen zuletzt wieder deutlich zurückgegangen. Die Mobilität für das Pendeln zum Arbeitsplatz, die im Frühjahr ebenfalls eingebrochen war, hat sich dagegen nicht verringert. Dies spricht ebenfalls dafür, dass der neue Shutdown und andere Infektionsschutzmaßnahmen die wirtschaftliche Aktivität bei weitem nicht so umfassend und tiefgreifend beeinträchtigen wie im Frühjahr.

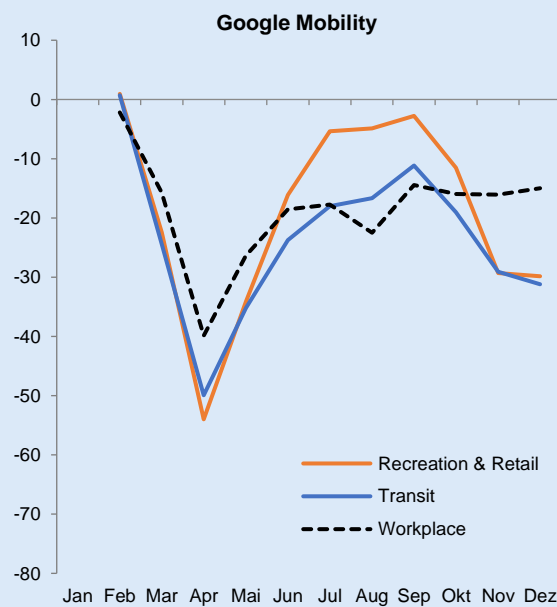
Abbildung K1-3 links
Mobilitätsindikatoren für Deutschland 2020



Monatsdaten. Vergleich zur Baseline in Prozent. Mittel über acht Großstädte. Dezember-Wert basierend auf Durchschnitt bis 7.12.

Quelle: Corona-Datenmonitor IfW Kiel.

Abbildung K1-3 rechts



Monatsdaten. Vergleich zur Baseline in Prozent. Dezember-Wert basierend auf Durchschnitt bis 11.12.

Quelle: Google Mobilitätsberichte.

Freilich können auch diese neuen Indikatoren noch keine Signale für den verschärften Shutdown von Mitte Dezember bis voraussichtlich Mitte Januar liefern. In diesem Zeitraum dürfte sich die Wertschöpfung in den betroffenen konsumnahen Dienstleistungs- und Einzelhandelsbranchen wieder den Tiefpunkten aus dem ersten Shutdown annähern. Auf Quartalssicht werden die Rückgänge allerdings wohl deutlich geringer ausfallen als im Frühjahr, da die Maßnahmen – unseren Annahmen zufolge – nur für einen kürzeren Zeitraum gelten, in den zudem recht viele Feiertage fallen, sich die Wertschöpfung in einigen dieser Branchen noch auf recht niedrigem Niveau befindet, so dass weniger Wertschöpfung wegbricht und im

Einzelhandel Geschäft durch den Online-Handel ausgeglichen werden kann. Im Einzelhandel insgesamt war der Rückgang im ersten Shutdown ohnehin überschaubar und bereits im Mai wieder mehr als aufgeholt.

^a Die Modelle wurden für den Zeitraum bis zum ersten Quartal 2020 geschätzt. Aufgrund der großen Schwankungen des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr kann der Schätzzeitraum die Modellergebnisse und Prognosen sehr stark beeinflussen. So empfehlen Lenza und Primiceri (2020) Phasen mit solchen ungewöhnlich großen Schwankungen nicht bei der Schätzung zu berücksichtigen.

^b Auswertungen auf Basis der World-Input-Output Tabellen zeigen, dass im Jahr 2014 etwa 70 Prozent der im Verarbeitenden Gewerbe erbrachten Wertschöpfung exportiert wurde (Jannsen et al. 2020). Jüngere Daten liegen nicht vor

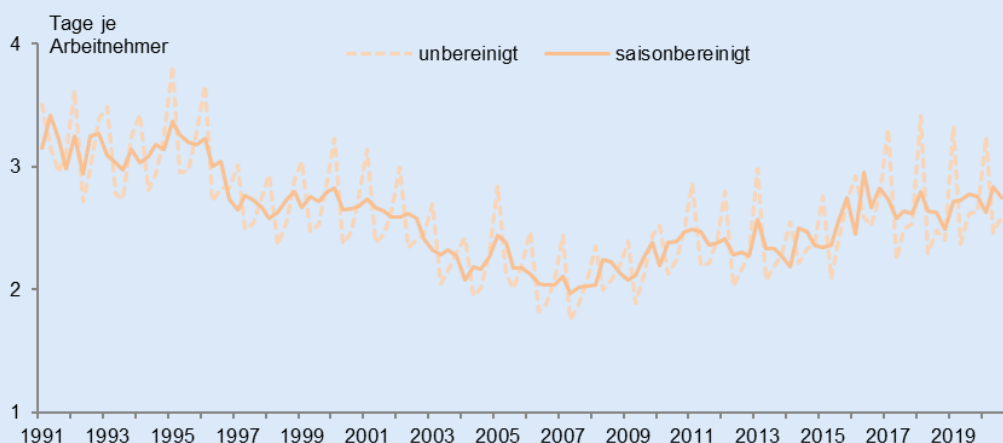
Kasten 2:

Arbeitsausfall und Wirtschaftsleistung

Ein erhöhter Krankenstand kann die Konjunktur dämpfen, wenn die Unternehmen bereits eine hohe Auslastung fahren und der entfallene Arbeitseinsatz nicht aufgefangen werden kann oder wenn erkrankte Personen vorübergehend ihren Konsum zurückfahren, beispielsweise weil sie sich bei Freizeitaktivitäten einschränken. Die Frage, ob und in welchem Ausmaß Arbeitsausfälle zu gesamtwirtschaftlichen Produktionsausfällen führen, kann im Zuge der Corona-Pandemie für die kommenden Monate relevant sein. Zwar gehen wir derzeit nicht davon aus, dass es durch das Infektionsgeschehen zu einem kräftigen Anstieg des Krankenstands kommt. So hatte sich der Krankenstand schon im zweiten Quartal nicht spürbar erhöht, und bislang wurde auf Anstiege der Corona-Infektionen mit einem erhöhten Infektionsschutz reagiert. Zudem dürften durch den erhöhten Infektionsschutz andere Atemwegserkrankungen, wie die Grippe, eingedämmt werden. Allerdings könnte es aufgrund des Infektionsschutzes vermehrt dazu kommen, dass Arbeitskräfte schon bei leichten Symptomen vorsorglich zu Hause bleiben oder Arbeitskräfte aufgrund eines erhöhten Unterrichtsausfalls stärker in der Kinderbetreuung gebunden sind. Sofern dadurch Arbeitsausfälle entstehen und diese ähnlich auf die Produktion wirken, wie ein erhöhter Krankenstand, können Analysen auf Basis des historischen Zusammenhangs zwischen Krankenstand und Bruttoinlandsprodukt helfen, mögliche Auswirkungen solcher Arbeitsausfälle abzuschätzen.

Der Krankenstand in Deutschland – gemessen anhand der Zahl von krankheitsbedingten Fehltagen je Arbeitnehmer – unterliegt recht großen Schwankungen. Dies gilt auch, wenn man saisonale Effekte mittels eines Bereinigungsverfahrens (X11) herausrechnet (Abbildung 1). Zu den kurzfristigen Schwankungen beitragen dürfte, dass sich saisonale Krankheiten, wie die Grippe, von Jahr zu Jahr unterschiedlich stark verbreiten. Zudem zeigen sich auch längerfristige Trends, die beispielsweise mit der jeweiligen Lage am Arbeitsmarkt zusammenhängen können, etwa wenn sich die Arbeitnehmer angesichts einer recht hohen Arbeitsplatzunsicherheit mit Krankmeldungen zurückhalten. Seit dem Beginn der Pandemie hat sich der Krankenstand etwas erhöht, befindet sich allerdings auf einem Niveau, das schon häufiger beobachtet werden konnte.

Abbildung K2-1:
Krankenstand in Deutschland 1991-2020



Quartalsdaten. Saisonbereinigt: mittels dem Saisonbereinigungsverfahren X11.

Quelle: IAB, Arbeitszeitrechnung; Berechnungen des IfW Kiel.

Um die Auswirkungen eines erhöhten Krankenstands auf die Wirtschaftsleistung abzuschätzen, wird die Veränderung des Krankenstands (gemessen als Differenz gegenüber dem Vorquartal) auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts (gegenüber dem Vorquartal) regressiert. Einen kausalen Zusammenhang zu identifizieren wird dadurch erschwert, dass mehrere Wirkungszusammenhänge denkbar sind. So könnten die längerfristigen Trends beim Krankenstand auch von wirtschaftlichen Faktoren abhängen. Denkbar wäre, dass sich in Zeiten hoher Arbeitsplatzunsicherheit – gemessen beispielsweise anhand der Arbeitslosenquote – weniger Arbeitnehmer krank melden aus Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Solche Phasen dürften typischerweise vor allem in gesamtwirtschaftlichen Schwächephasen fallen, in denen die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts eher gering ist. Eine erhöhte Arbeitslosigkeit bzw. niedrigere BIP-Zuwachsraten würden demzufolge mit niedrigeren Zuwächsen beim Krankenstand

zusammenfallen. Ferner könnte sich in Phasen hoher gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung, wenn die Arbeitsbelastung besonders hoch ist, der Krankenstand erhöhen. Solche Phasen sind von recht hohen Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts gekennzeichnet, die demzufolge mit höheren Zuwachsraten beim Krankenstand zusammenfallen würden.

Grundsätzlich wäre eine Instrumentvariablen-Schätzung eine geeignete Methode, um einen kausalen Zusammenhang des Krankenstands auf die Konjunktur abzuschätzen. Allerdings stehen keine offensichtlichen exogenen Variablen (Instrument) zur Verfügung, die den Krankenstand beeinflusst, aber nicht mit dem Bruttoinlandsprodukt zusammenhängen. Zu beachten ist bei der vorliegenden Fragestellung jedoch, dass der erwartete Wirkungszusammenhang von Bruttoinlandsprodukt auf den Krankenstand positiv wäre, umgekehrt von Krankenstand auf das Bruttoinlandsprodukt aber negativ. Dies würde tendenziell dazu führen, dass ein negativer Effekt von Krankenstand auf Bruttoinlandsprodukt in den Schätzungen zu klein ausgewiesen wird. Um die Robustheit der Ergebnisse zu erhöhen, werden die Schätzgleichungen sukzessive um Kontrollvariablen erweitert, die die Phänomene, die gleichzeitig den Krankenstand und das Bruttoinlandsprodukt beeinflussen können, also insbesondere Arbeitsplatzunsicherheit und Kapazitätsauslastung, abbilden.

Die Modelle werden als lineare Regression jeweils mit und ohne einem Modellspektionsverfahren geschätzt, das sukzessive Parameter, die ein Signifikanzniveau von weniger als 10 Prozent aufweisen, eliminiert. Für das Bruttoinlandsprodukt werden bis zu fünf Verzögerungen in das Modell aufgenommen; für die erklärenden Variablen werden bis zu 2 Verzögerungen zugelassen, da längere Wirkungszusammenhänge unwahrscheinlich sind. Die Modelle werden für den Zeitraum von 1991 bis 2019 auf Basis von Quartalsdaten geschätzt.

Im ersten Schritt wird, neben einer Konstanten und einem Trend-Term sowie Verzögerten der Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts, lediglich die Veränderung des Krankenstands als erklärende Variable einbezogen. In dieser Schätzung findet sich ein negativer Zusammenhang zwischen dem Krankenstand und dem Bruttoinlandsprodukt (Tabelle 1, Spezifikationen 1 und 2). Dieser ist jedoch nicht signifikant von Null verschieden. Da das Bruttoinlandsprodukt aber von zahlreichen Faktoren beeinflusst wird, ist es möglich, dass die Auswirkungen des Krankenstands von diesen Faktoren überlagert werden und in dieser Spezifikation nicht präzise geschätzt werden können.

Im zweiten Schritt wird die Schätzgleichung deshalb um Konjunkturindikatoren erweitert, die geeignet sind, einen recht hohen Teil der konjunkturellen Schwankungen, die nicht durch Veränderungen des Krankenstands verursacht werden, zu erklären. Dafür werden das exportgewichtete Bruttoinlandsprodukt im Ausland sowie das ifo Geschäftsklima verwendet.^a Insgesamt findet sich in diesen Spezifikationen ein signifikanter negativer Effekt: Erhöht sich der durchschnittliche Krankenstand je Arbeitnehmer um 0,1 Tage gegenüber dem Vorquartal sinkt die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts um etwa 0,1 Prozentpunkte (Spezifikation 3 und 4). Normalisiert sich der Krankenstand im Vorquartal wieder auf sein vorheriges Niveau würde die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts entsprechend höher ausfallen. Für die Verzögerungen des Krankenstands findet sich kein signifikanter Effekt. Wenn die Arbeitslosenquote und die Kapazitätsauslastung als zusätzliche Kontrollvariablen aufgenommen werden, um für wechselseitige Wirkungszusammenhänge zu kontrollieren, fällt der Einfluss des Krankenstands auf das Bruttoinlandsprodukt etwas kleiner aus, ist aber weiterhin signifikant von Null verschieden (Spezifikation 5 und 6).

Alles in allem sprechen die Ergebnisse dafür, dass ein erhöhter Krankenstand das Bruttoinlandsprodukt dämpft. Ein Anstieg des durchschnittlichen Krankenstands je Person um 0,5 Tage gegenüber dem Vorquartal – dies entspricht dem höchsten seit dem Jahr 1991 beobachtbaren Anstieg innerhalb eines Quartals – führt zu einem um etwa 0,5 Prozent niedrigeren Bruttoinlandsprodukts. Arbeitsausfälle können demnach einen sichtbaren Einfluss auf die Wirtschaftsleistung haben. Um zu solch großen Schwankungen, wie sie in den vergangenen Quartalen beim Bruttoinlandsprodukt zu beobachten waren, spürbar beizutragen, müsste es zu Arbeitsausfällen in weit größerem Umfang kommen als in der Vergangenheit. Inwieweit es durch Quarantäne oder fehlende Kinderbetreuung auch zu Arbeitsausfällen kommt ist freilich unklar und hängt beispielsweise von der Möglichkeit ab, produktiv im Home Office arbeiten zu können. Ein Transmissionskanal eines erhöhten Krankenstands auf die Wirtschaftsleistung könnten zudem damit verbundene geringere privaten Konsumausgaben sein (Jannsen 2020). Diesem dürfte je nach Ursache des Arbeitsausfalls unterschiedliche Bedeutung zukommen

Tabelle K2-1
Schätzungsergebnisse

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Krankenstandt	-	-0,42 (0,53)	-1,14 (0,01)	-1,03 (0,03)	-0,72 (0,04)	-0,97 (0,04)
Krankenstandt-1	.	0,59 (0,40)	-	0,32 (0,51)	-	0,19 (0,71)
Krankenstandt-2	.	0,07 (0,91)	-	0,67 (0,12)	-	0,13 (0,77)
Auslands-BIP			x	x	x	x
Ifo Geschäftsklima			x	x	x	x
Arbeitslosenquote					x	x
Kapazitätsauslastung VG					x	x
Modellselektion	x		x		x	
OLS		x		x		x
p-Werte in Klammern						
Quelle : Berechnungen des IfW Kiel						

^a Sofern ein erhöhter Krankenstand das Geschäftsklima eintrüben sollte, würde dies dazu führen, dass der Einfluss des Krankenstands tendenziell unterschätzt wird, da das Geschäftsklima positiv mit dem Bruttoinlandsprodukt korreliert ist.

Kasten 3:

Zum Beitrag der Kurzarbeit zur Arbeitszeit- und Lohndynamik im Zuge der Corona-Krise

Im Verlauf des Jahres 2020 sind Arbeitszeit und Effektivverdienste je Arbeitnehmer zunächst gefallen und dann kräftig gestiegen. Zur Anpassung von Arbeitszeit und Lohnkosten bei konjunkturellen Schwankungen stehen den Unternehmen grundsätzlich eine Reihe von Anpassungskanälen zur Verfügung, wie z.B. Überstunden, Arbeitszeitkonten, Urlaub, Kurzarbeit und tarifliche Öffnungsklauseln. Je nachdem, welcher dieser Anpassungskanäle dominiert, sind für die Prognose unterschiedliche Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Effektivverdiensten anzusetzen. Im Folgenden wird abgeschätzt, wie groß der Beitrag der Kurzarbeit zur Arbeitszeit- und Lohndynamik im Verlauf des Jahres 2020 war.

Ausgangspunkt für die Schätzung ist das sog. Beschäftigtenäquivalent der Zahl der Kurzarbeiter. Das Beschäftigtenäquivalent berechnet sich als Zahl der Kurzarbeiter multipliziert mit dem durchschnittlichen prozentualen Arbeitsausfall je Kurzarbeiter und gibt an, für wie viele Arbeitnehmer sich durch Kurzarbeit ein 100-prozentiger Arbeitsausfall ergeben hätte. Laut Bundesagentur für Arbeit war dies im zweiten Quartal 2020 für rund 2,3 Mill. Arbeitnehmer der Fall, nach 300.000 im ersten Quartal. Im dritten Quartal wurde die Kurzarbeit im Zuge der wirtschaftlichen Erholung deutlich abgebaut, so dass die Zahl auf 950.000 Personen sank (Tabelle K3-1, Spalte 4).

Tabelle K3-1:
Kurzarbeit, Arbeitszeit und Effektivverdienste 2020

	Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer		Arbeitsvolumen je Arbeitnehmer		Kurzarbeiter-Beschäftigten-äquivalent	Durch Kurzarbeit ausgefallenes Arbeitsvolumen			Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	
	Mill. Stunden	Stunden	Veränderung ggü. dem Vorquartal in Prozent	Tsd. Personen		Mill. Stunden	Veränderung ggü. Vorquartal in Mill. Stunden	Relativ zum Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer im Vorquartal in Prozent	Veränderung ggü. dem Vorquartal in Prozent	Veränderung ggü. dem Vorquartal in Prozent abzgl. Vorkrisentrend
	(1)	(2)	(3)	(4)	Sp. 4 (t) * Sp. 2 (2019Q4)	(6)	(7)	(8)	(9)	
2019Q4	13687	332,0								
2020Q1	13471	326,6	-1,6	305	101	101	0,7	0,5	-0,1	
2020Q2	12588	309,5	-5,2	2313	768	667	4,9	-4,6	-5,2	
2020Q3	13262	326,1	5,4	947	314	-454	-3,3	3,7	3,1	

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Realisierte Kurzarbeit (hochgerechnet) (Monatszahlen)*; Berechnungen des IfW Kiel.

Mithilfe der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer aus der Vorkrisenzeit – wir verwenden den Wert aus dem Schlussquartal 2019 – lässt sich das Arbeitsvolumen schätzen, das durch die Ausweitung der Kurzarbeit ausgefallen ist. Im zweiten Quartal waren es dieser Berechnung zufolge insgesamt 770 Mill. Stunden (Spalte 5); dies waren 670 Mill. Stunden mehr als im ersten Quartal (Spalte 6). Im dritten Quartal sank das durch Kurzarbeit ausgefallene Arbeitsvolumen um 450 Mill. Stunden. Setzt man diese Werte ins Verhältnis zum gesamten Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer aus der Vorkrisenzeit (ebenfalls Schlussquartal 2019) ergibt sich das durch Kurzarbeit ausgefallene Arbeitsvolumen in Prozent (Spalte 7).^a

Diese Werte können – mit umgekehrtem Vorzeichen – interpretiert werden als prozentuale Veränderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer, die auf Veränderungen bei der Kurzarbeit zurückzuführen sind, denn die Zahl der Arbeitnehmer bleibt von der Kurzarbeit unberührt. Folglich sank durch die Ausweitung der Kurzarbeit im zweiten Quartal die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer um 4,9 Prozent. Dies entspricht nahezu dem gesamten Rückgang der Arbeitszeit je Arbeitnehmer von insgesamt 5,2 Prozent, den das Statistische Bundesamt für das zweite Quartal ausweist (Spalte 3 sowie Abbildung K3-1). Im ersten Quartal war der Anteil der Kurzarbeit am Rückgang der Arbeitszeit geringer. Dies ist plausibel, da Betriebe vor Inanspruchnahme von Kurzarbeit zuerst Überstunden und positive Guthaben auf Arbeitszeitkonten abbauen müssen. Bemerkenswert ist, dass sich im dritten Quartal die Arbeitszeit je Arbeitnehmer deutlich stärker erholte (+5,4 Prozent), als es der Abbau von Kurzarbeit anzeigt (+3,3 Prozent).

Bei einem Vergleich mit der Lohnentwicklung muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer vor der Krise einen Aufwärtstrend aufwiesen; im Jahr 2019 stiegen sie im Schnitt um 0,6 Prozent pro Quartal. Addiert man diesen Wert zum Rückgang von 4,6 Prozent im zweiten Quartal (Spalte 8), ergibt sich ein krisenbedingter Rückgang der Pro-Kopf-Effektivverdienste von 5,2 Prozent (Spalte 9). Hiervon können 4,9 Prozentpunkte durch die Ausweitung der Kurzarbeit erklärt werden (Abbildung K3-2).^b Im dritten Quartal sind die Effektivverdienste unter Berücksichtigung des Vorkrisentrends um 3,1 Prozent gestiegen. Der Abbau der Kurzarbeit hat für sich genommen sogar für einen Anstieg um 3,3 Prozent gesorgt. Ein Grund für die – gleichwohl geringfügige – Diskrepanz könnte sein,

dass lohdämpfende Effekte zur gleichen Zeit entgegenwirkten, wie z.B. niedrigere Tarifabschlüsse oder geringere Sonderzahlungen.

Abbildung K3-1
Kurzarbeit und Arbeitszeit 2020

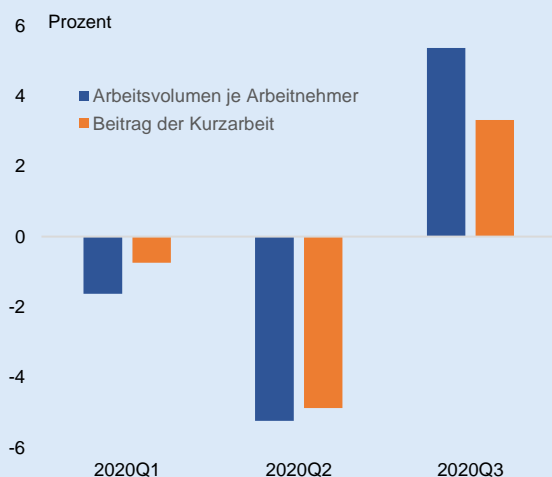
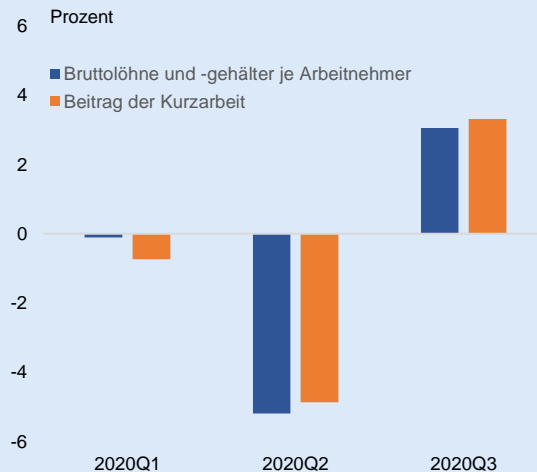


Abbildung K3-2
Kurzarbeit und Effektivverdienste 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Berechnungen des Ifw Kiel:

Alles in allem deuten unsere Schätzungen daraufhin, dass die massive Ausweitung und der darauffolgende, teilweise Abbau von Kurzarbeit im Verlauf des Jahres 2020 einen Großteil der auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu beobachtenden Schwankungen bei der Arbeitszeit und den Effektivverdiensten je Arbeitnehmer erklären kann. Dies spricht dafür, dass sich die Effektivverdienste im Winterhalbjahr 2020/2021 wieder schwächer entwickeln werden, sollte es wie von uns prognostiziert zu einer erneuten Ausweitung der Kurzarbeit kommen. Ein rascher Abbau der Kurzarbeit im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums würde dementsprechend mit kräftigen Effektivverdienstzuwächsen einhergehen. Einschränkend sei erwähnt, dass die offiziellen Daten zu Arbeitsvolumen und Kurzarbeit am aktuellen Rand noch stark auf Schätzungen des Statistischen Bundesamts bzw. Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit beruhen. Künftige Datenrevisionen können die vorliegenden Schätzergebnisse zu einem gewissen Grad verändern.

^a Alternativ könnte diese Größe mithilfe des prozentualen Arbeitsausfalls je Kurzarbeiter und des Anteils der Kurzarbeiter an allen Arbeitnehmern geschätzt werden.

^b Das staatliche Kurzarbeitergeld, das den betroffenen Arbeitnehmern einen Teil des Verdienstaufschlags ersetzt, wird in den VGR nicht zu den Bruttolöhnen und -gehältern gezählt.

Kasten 4:**Zum strukturellen Budgetdefizit im Jahr 2022 und den Vorgaben der Schuldenbremse**

Für das Jahr 2021 und 2022 rechnen wir mit Defiziten bei den strukturellen Finanzierungssalden, die über der im Fiskalpakt festgelegten Marke von 0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Für das Jahr 2021 ist die Bindewirkung der europäischen Grenzwerte ausgesetzt und zudem rechnen wir bei der hier prognostizierten Überschreitung auch nicht mit einer Sanktion im Rahmen der Europäischen Haushaltsüberwachung für das Jahr 2022.

Wahrscheinlich ist allerdings, dass zumindest für das Jahr 2022 die regulären Vorgaben der Schuldenbremse für den Bund und die Länder wieder Bindewirkung haben. Im Folgenden soll abgeschätzt werden, ob der Bund und die Länder die Vorgaben der Schuldenbremse im Jahr 2022 einhalten werden. Bei dem Vergleich der strukturell erlaubten Nettokreditaufnahme nach der Schuldenbremse für den Bund von 0,35 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und für die Länder von Null mit den VGR-basierten Zahlen sind dabei mehrere Punkte zu berücksichtigen.

Generell muss die Einschränkung gemacht werden, dass die Schuldenbremse die Zahlen der Finanzstatistik als Basis nimmt und nicht die der VGR. Durch die phasengerechte Buchung in den VGR werden Zahlungen den Perioden zugeordnet, in denen sie ökonomisch relevant sind und nicht nach Zahlungsströmen wie in der Finanzstatistik. Dies kann von Jahr zu Jahr zu deutlichen Unterschieden zwischen den beiden Rechenwerken führen. Zudem werden diverse staatliche Transaktionen in den VGR nicht berücksichtigt, wenn diese das Nettovermögen nicht tangieren (z.B. Kauf oder Verkauf von Aktien). Für die Schuldenbremse des Bundes und ebenso vieler Länder werden sogenannte finanzielle Transaktionen zwar auch herausgerechnet. Doch gibt es trotzdem immer wieder unterschiedliche Bewertungen. So werden die Kapitalhilfen des Bundes für die Deutsche Bahn im Rahmen der Schuldenbremse als finanzielle Transaktion gewertet. In den VGR erhöhen sie aber doch das Defizit, da hierin ein Vermögenstransfer und kein Aktivtausch gesehen wird. Zudem berücksichtigen einige Länder, wie z.B. NRW, finanzielle Transaktionen nicht gesondert (Truger 2019).

Auch gilt es zu bedenken, dass die Sozialversicherungen und die Kommunen nicht der Schuldenbremse unterliegen. Die Sozialversicherungen werden in den Prognosen des IfW Kiel gesondert ausgewiesen. Hier sind in den kommenden Jahren deutliche Defizite zu erwarten, wobei zu berücksichtigen ist, dass sie ein Finanzpolster von rund 100 Mrd. Euro vor Beginn der Krise hatten.^a Hinzukommt, dass die Bundesagentur für Arbeit, die ihr Finanzvermögen mehr als aufbrauchen dürfte, Kredite vom Bund und der Gesundheitsfonds zusätzliche Bundesmittel erhält.

In der Prognose des IfW Kiel belaufen sich die Defizite der Gebietskörperschaften im Jahr 2022 auf 50 Mrd. Euro. Auch in struktureller Betrachtung dürfte dies rund 1,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entsprechen. Die Kommunen haben bei der Nettokreditaufnahme ein deutlich geringes Gewicht, so dass die staatlichen Haushaltssalden in unserer Prognose maßgeblich vom Finanzgebaren von Bund und Ländern getrieben werden. Auch unter der Annahme, dass die zuvor diskutierten Unterschiede zwischen Finanzstatistik und VGR keinen Einfluss hätten, können diese strukturellen Defizite Schuldenbremsen-konform sein. Dies begründet sich wie folgt:

Beim Bund gilt es neben den 0,35 Prozent zu berücksichtigen, dass dieser über ungenutzte Kreditermächtigungen in Höhe von fast 50 Mrd. Euro (1,3 Prozent in Relation vom BIP) verfügt. Diese Rücklagen wurden in Vorjahren aus Überschüssen gebildet, die, obwohl sie effektiv zur Tilgung genutzt wurden, beim Haushaltsabschluss auf Null gesetzt wurden und somit als Kreditermächtigung fortbestehen. Nun können somit Kredite in gleicher Höhe erfolgen, ohne die für die Schuldenbremse relevante Nettokreditaufnahme zu tangieren. Einige Länder verfügen ebenfalls über Rücklagen. Das Land Baden-Württemberg hat sogar mit der Kreditaufnahme für den Haushalt 2020 Rücklagen für die Folgejahre gebildet.^b Ebenso werden im Krisenjahr 2020 auch in Berlin zusätzliche Mittel in die Rücklage gestellt. Allerdings haben auch einige Länder, anders als der Bund, ihre Rücklagen zumindest teilweise in die Finanzierung der Corona-Folgen gegeben. So hat z.B. Sachsen gut 0,7 Mrd. Euro aus Rücklagen in ein krisenbezogenes Sondervermögen gegeben (vgl. auch SVR 2020).

Neben den Fällen, in denen die Kreditaufnahme im Jahr 2020 auch zur Aufstockung von Rücklagen erfolgte, haben diverse Länder mit Krediten aus dem Jahr 2020 Sondervermögen eingerichtet oder aufgestockt. Diese können dann dazu dienen Ausgaben im laufenden, aber auch in den folgenden Jahren zu finanzieren. Hier besteht also abermals die Möglichkeit einen Teil der Kreditaufnahme im Krisenjahr für die Folgejahre vorzuhalten und so die fiskalischen Spielräume trotz der dann wieder regulär eingesetzten Schuldenbremse zu erhöhen. Je nach Lage des landesspezifischen Haushaltsrechts werden auch andere Instrumente genutzt, um überjährige Ausgaben oder Ausgaben, die in den Folgejahren anfallen, bereits im Haushalt des Jahres 2020 abzubilden. So haben die Länder Bremen und Hamburg haben zwar keine Sondervermögen eingerichtet, stellen aber Haushaltsmittel bereit, die auch später abfließen können. Ähnlich geht Schleswig-Holstein vor, wo zugleich ein bereits bestehendes Sondervermögen zur Förderung

öffentlicher Investitionen aufgestockt wurde. Insgesamt spielen Sondervermögen aber eine herausragende Rolle.

In vielen Ländern wird eine Einzahlung in ein Sondervermögen als Haushaltsausgabe gewertet und fällt unter die Schuldenbremse (Tabelle Sondervermögen). Auszahlungen der Sondervermögen hingegen unterliegen dann nicht den Regelungen der Schuldenbremse. Während also Einzahlungen den Haushaltsspielraum einengen, erhöhen Auszahlungen diesen.^c Sondervermögen sehen eine Zweckbindung vor und sind oft auch zeitlich begrenzt. In Bayern kann der Freistaat nur bis einschließlich des kommenden Jahres auf das Sondervermögen zugreifen. In anderen Ländern ist es hingegen nicht zeitlich determiniert.

Von diesen Mitteln dürfte ein Großteil auch nach Abschluss des Haushaltsjahres 2020 zur Verfügung stehen. Der Summe der überjährigen Mittel (Sondervermögen, Aufstockung der Rücklagen und überjährige Haushalte) von etwa 89 Mrd. Euro steht bis einschließlich Oktober ein Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit von 32 Mrd. Euro gegenüber. Die Nettokreditaufnahme fällt mit 23 Mrd. Euro aber geringer aus. Zudem ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Defizite durch die Konjunkturbereinigung gedeckt sein wird. Da die Länder zum Teil unterschiedliche Verfahren verwenden und die Abrechnung erst nach dem Abschluss des Haushaltsjahres erfolgt, kann die Konjunkturkomponente noch nicht exakt beziffert werden. Orientiert man sich überschlagsmäßig an der sogenannten „Bundesmethode“ und nimmt als Basis die Potenzienschätzung vom Frühjahr 2019, die eine in etwa geschlossene Produktionslücke signalisierte, dürfte das sogenannte Konjunkturupdate bei rund 7 Prozentpunkten in Relation zum BIP liegen bzw. rund 250 Mrd. Euro (Differenz der damals angenommenen Rate des nominalen BIP für das Jahr 2020 zur sich heute abzeichnenden). Damit resultiert aus der Budgetsemielastizität für die Ländergesamtheit von 0,134 eine Konjunkturkomponente von etwa 30 Mrd. Euro. Die Sondervermögen dürften im laufenden Jahr also nur in geringem Ausmaß zur Finanzierung laufender Ausgaben herangezogen werden. Entsprechend dürfte der größere Teil der Sondervermögen für das kommende und die folgenden Jahre zur Verfügung stehen.

Nennenswerte Tilgungsverpflichtungen werden dem im Jahr 2022 noch nicht entgegenstehen. Nur für Brandenburg und Sachsen-Anhalt gibt es bisher Pläne, mit der Tilgung in jenem Jahr einzusetzen. Im Falle Brandenburgs soll über 30 Jahre getilgt werden, so dass dies selbst hier zunächst keine dramatischen Effekte haben dürfte. Die anderen Länder starten soweit bekannt die Tilgungen in den Jahren 2023 bis 2025.

In der Summe lässt sich festhalten, dass sich Bund und Länder im Jahr 2022 wohl wieder an die Vorgaben der Schuldenbremse halten können. Gleichwohl sind strukturelle Defizite größeren Ausmaßes möglich. Während für den Bund erhebliche Rücklagen eine Rolle spielen, haben mehrere Länder bereits im Jahr 2020 zusätzliche Kredite aufgenommen, um Spielräume für die kommenden Jahre zu haben.

Tabelle K4-1:
Haushaltspolitische Maßnahmen im Jahr 2020, die Spielräume in den kommenden Jahren ermöglichen

	Volumen in Mrd. Euro	Befristung der Auszahlungen
Sondervermögen		
BB	1.6	2021 bis 2023
BY	20.0	bis 2021
HE	12.0	bis 2023
MV	2.9	
NI	7.0	bis 2022
NW	25.0	
RP	1.1	bis 2023
SH ^d	4.5	
SL	1.4	bis 2024
SN	6.7	bis 2022
TH	1.0	bis 2023
Überjährige Haushalte und andere Instrumente		
HB	1.2	
HH	1.9	2021 bis 2022
ST	0.1	2021
Ausweitung von Rücklagen im Jahr 2020		
BW	2.0	
BE	0.5	
Summe	88.9	

Quelle: SVR (2020), Pressemitteilungen und Gesetzentwürfe der Länder, Darstellung des IfW Kiel

^a Während die Kredite des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit als finanzielle Transaktion auf Seiten des Bundes gewertet werden und einer Kreditaufnahme der Sozialversicherungen entsprechen, erhöhen die Zahlungen des Bundes an den Gesundheitsfonds die relevante Nettokreditaufnahme des Bundes im gleichen Umfang.

^b Hier sei angemerkt, dass der Haushalt 2011 des Landes NRW vom dortigen Verfassungsgericht für unzulässig erklärt wurde, weil Kredite mit dem Ziel geplant wurden, Rücklagen zu bilden. Dies verstößt gegen das Prinzip der Jährigkeit des Budgets.

^c Dem Bund ist dieser Weg verschlossen, da die Finanzierungssalden von Sondervermögen, die Inkrafttreten der Schuldenbremse eingerichtet werden, in der Abrechnung zur Schuldenbremse berücksichtigt werden. So erhöht eine Einzahlung in ein Sondervermögen, der ein positiver Finanzierungssaldo des Sondervermögens entspricht, nicht die relevante Nettokreditaufnahme. Allerdings mindern negative Finanzierungssalden in der Folgejahren auch die Spielräume des Kernhaushalts. Der Bund hat im Jahr unter anderem den Energie- und Klimafonds aufgestockt. Ab dem Jahr 2021 ist hier mit Fehlbeträgen zu rechnen.

^d Mit der zusätzlichen Kreditaufnahme werden u.a. zukünftige Steuerausfälle ausgeglichen und ein bestehendes Sondervermögen aufgestockt.

Kasten 5:

Zur Situation der gesetzlichen Rentenversicherung in der Corona-Krise

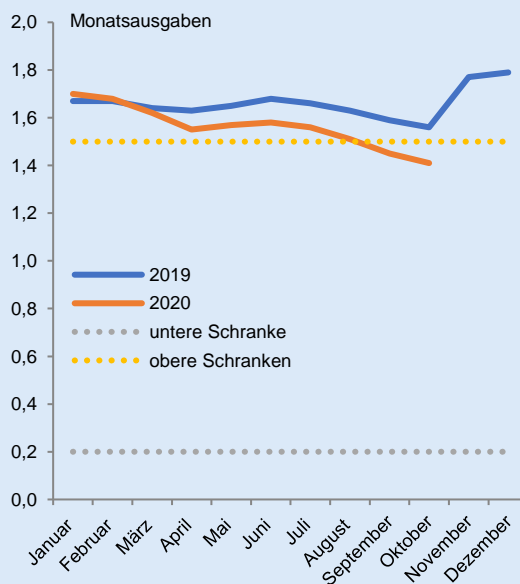
Die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sind im laufenden Jahr bisher trotz des Rückgangs der Bruttolöhne und -gehälter im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Maßgeblich ist, dass der genannte Rückgang von einer massiven Ausweitung der Kurzarbeit begleitet war (Kasten 3). Für das Kurzarbeitergeld führen die Arbeitgeber Sozialabgaben an die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ab, die von der Bundesagentur für Arbeit teilweise vollständig erstattet werden. Letztlich besteht somit ein Transfer von der Arbeitslosenversicherung zur GRV.

Diese Transfers haben dazu geführt, dass sich die Finanzlage der GRV trotz einer merklichen Renten-anhebung zur Mitte des Jahres weiterhin günstig darstellt. Die für das Auslösen von Beitragssatzanpas-sungen maßgebliche Nachhaltigkeitsrücklage lag im Oktober dieses Jahres bei 1,41 Monatsausgaben und damit nur 0,15 Monatsausgaben unter dem Wert des Vorjahres, was einer Reduktion um 2,2 Mrd. Euro entspricht (Abbildung K5-1).^a Ferner ist absehbar, dass die Beitragseinnahmen im November deutlich über denen des Oktobers liegen werden. Hier gibt es einen saisonalen Effekt durch die Auszahlung von Weih-nachtsgeld in viele Unternehmen. Bereits vorlie-gende Zahlen zu den Beitragseinnahmen der Ar-beitslosenversicherung bestätigen, dass dieser Saisoneffekt auch 2020 Bestand hat. Da Renten kein Weihnachtsgeld vorsehen, dürfte die Nach-haltigkeitsrücklage im November wie in diesem Monat üblich wieder zulegen. Dass das Jahr mit einem Wert über 1,5 abgeschlossen wird, ist durchaus wahrscheinlich. Dies ergibt die kuriose Situation, dass – hätte man die derzeitige Entwick-lung Ende des Jahres 2019 vorhergesehen – der Rentenbeitragssatz zu Beginn des Jahres 2020 hätte gesenkt werden müssen

Für das kommende Jahr nehmen die Beitrags-einnahmen dann langsamer zu als die Bruttolöhne und -gehälter, da die Beitragszahlungen aus der Kurzarbeit zugleich abnehmen. Die Rentenanpas-sung zur Mitte des Jahres 2021 wird insgesamt al-lerdings sehr gering ausfallen. Eine nach derzeiti-gem Stand gemäß der grundsätzlichen Rentenan-passungsformel eigentlich anstehende Rentenkür-zung wird jedoch vermieden werden. Insofern die Ausgaben für die neue Grundrente vollständig von einem höheren Bundeszuschuss ausgeglichen werden, dürfte sich die Finanzlage der GRV zu-nächst nicht deutlich verschlechtern. Größere Be-lastungen dürften dann im Jahr 2022 auf die GRV zukommen, da dann die Erholung der Bruttolöhne und -gehälter zu einer kräftigen Erhöhung der Renten führen dürfte. Die unterbliebene Rentenkürzung oder der Wegfall der Transfers der Arbeitslosenversicherung werden dabei nicht berücksichtigt.

^a Es ist vorgesehen, dass sich die Nachhaltigkeitsrücklage in einem Korridor von 0,2 und 1,5 Monatsausgaben bewegen soll. Wird am Ende eines Jahres absehbar, dass gegen Ende des kommenden Jahres diese Schranken unter- bzw. überschritten werden, sind die Beitragssätze entsprechend zu erhöhen oder zu senken.

Abbildung K5-1
Nachhaltigkeitsrücklage der GRV 2019 und 2020



In Monatsausgaben der GRV.
Quelle: Bundesamt für Soziale Sicherung, Darstellung des IfW Kiel.

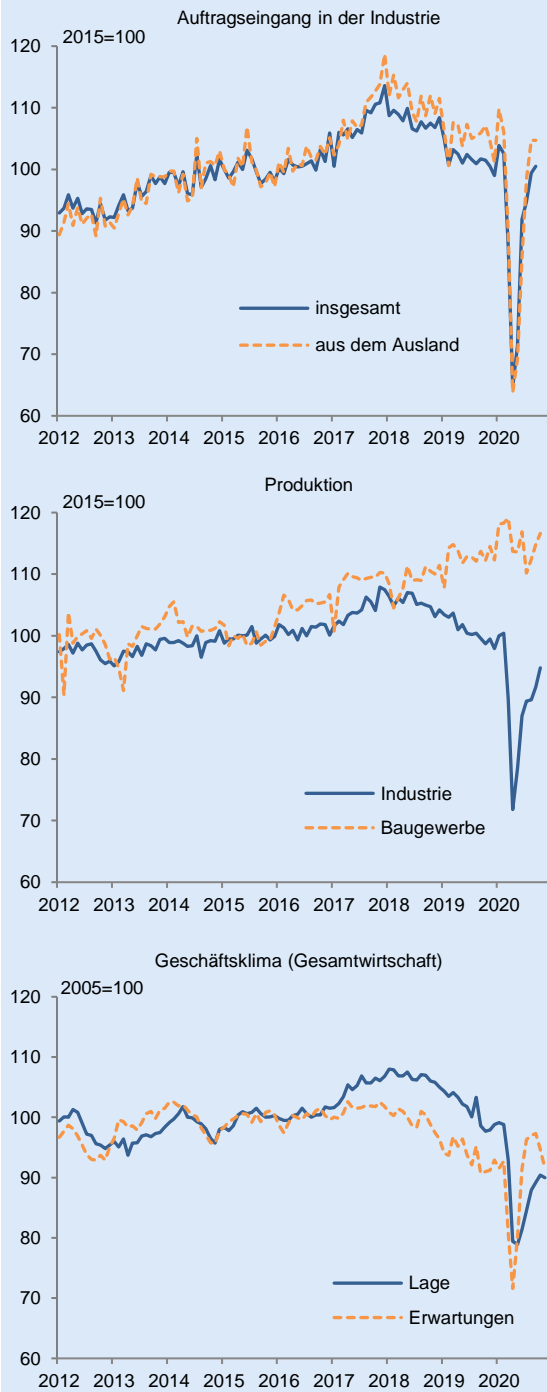
Datenanhang

INHALT

Datenanhang	28
1. Konjunkturindikatoren	29
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung	30
3. Außenwirtschaft	32
4. Inländische Verwendung	34
5. Wirtschaftsbereiche	36
6. Löhne	37
7. Beschäftigung	38
8. Öffentliche Finanzen	39
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit	41
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2019–2022	42
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	43
12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)	46
Literatur	49

1. Konjunkturindikatoren

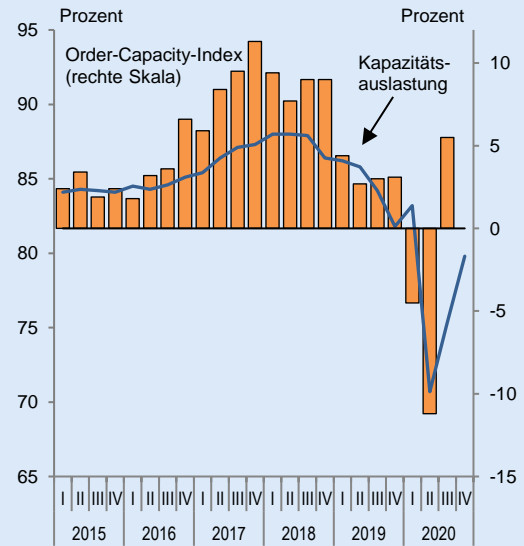
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2012–2020



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

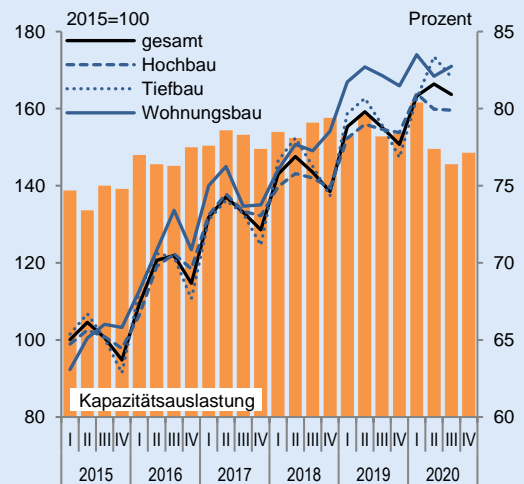
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2015–2020



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2015–2020

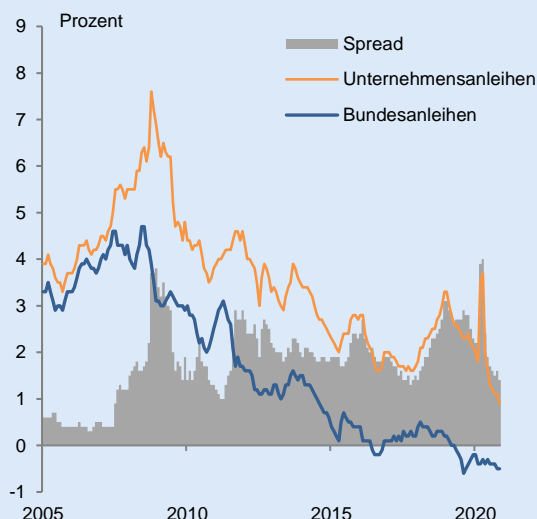


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

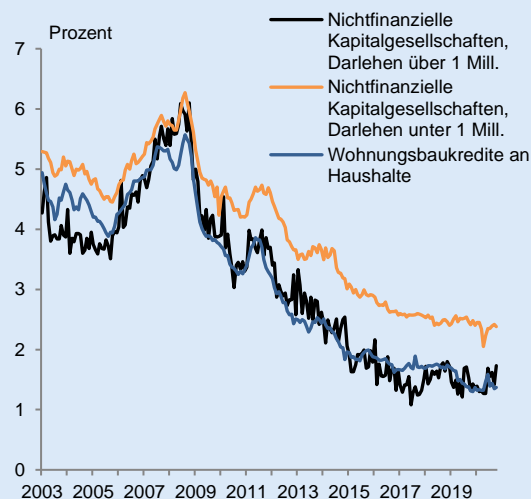
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 2005–2020



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

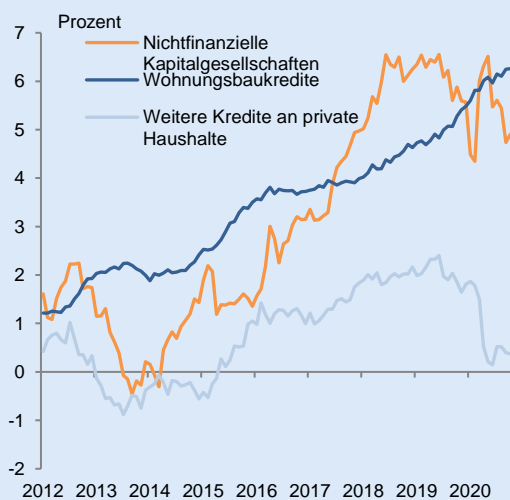
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen 2003–2020



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

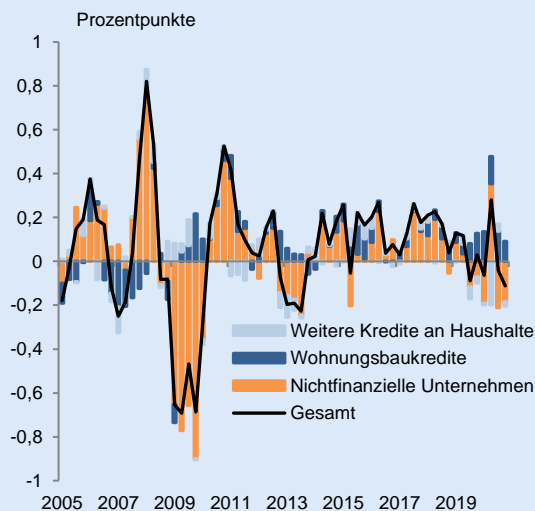
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion 2012–2020



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

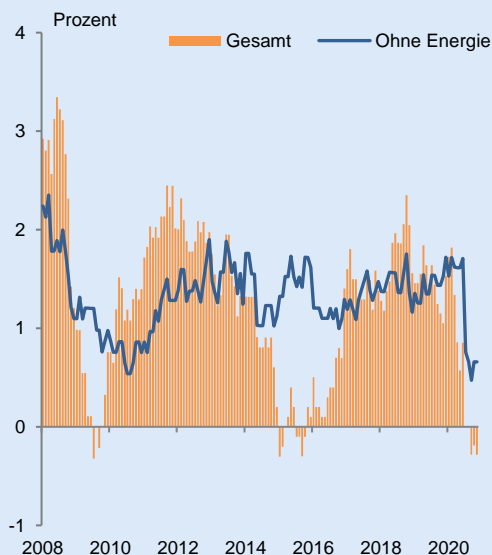
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls 2005–2020



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

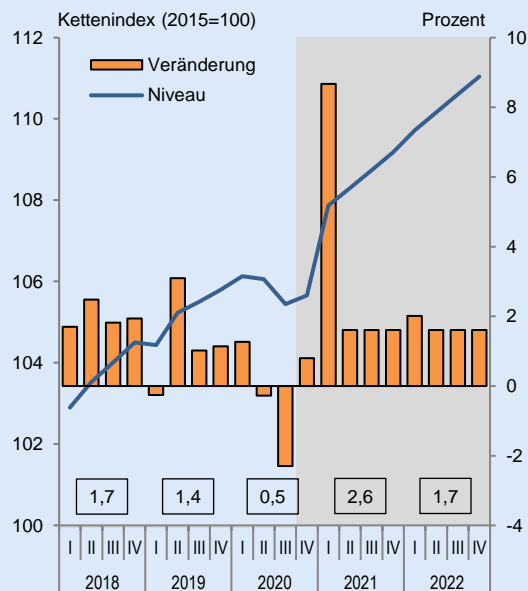
Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise 2008–2020



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise 2018–2022



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2019–2022

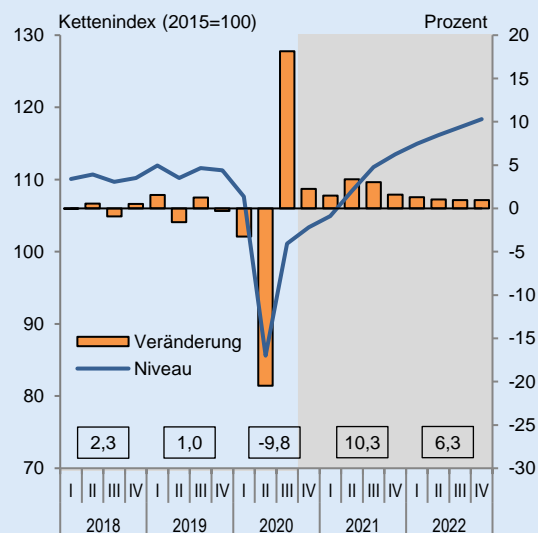
	2019				2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Langfristige Zinsen	0,1	-0,1	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,6	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,4	-0,4
US-Dollar/Euro	1,14	1,12	1,11	1,11	1,10	1,10	1,17	1,19	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	89,7	89,7	89,5	88,9	88,9	90,4	90,9	91,2	91,7	91,8	91,7	91,6	91,5	91,4	91,4	91,3
Exportmärkte	0,8	0,5	0,5	0,4	-2,8	-9,2	10,0	-1,4	1,3	2,2	1,5	1,0	0,8	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	63,2	68,9	61,9	63,4	50,5	29,4	43,0	43,5	48,9	51,2	53,3	53,8	54,0	54,3	54,6	54,8

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

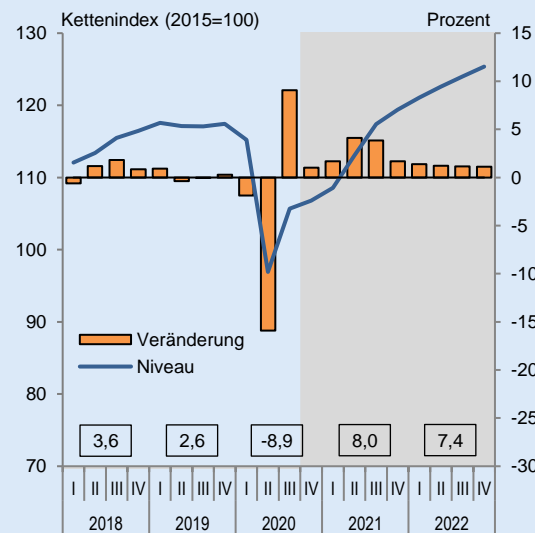
Abbildung 3.1:
Exporte 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

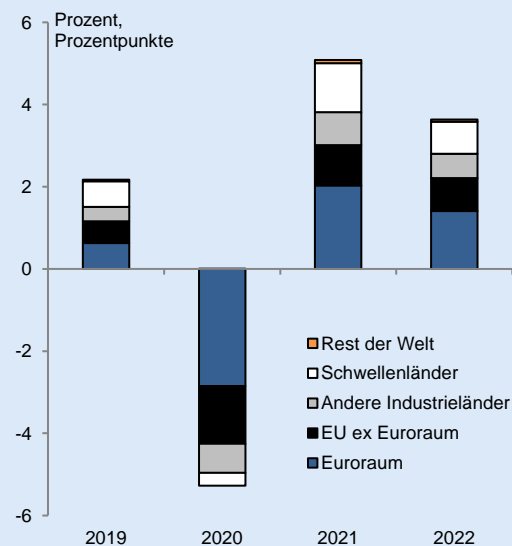
Abbildung 3.2:
Importe 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

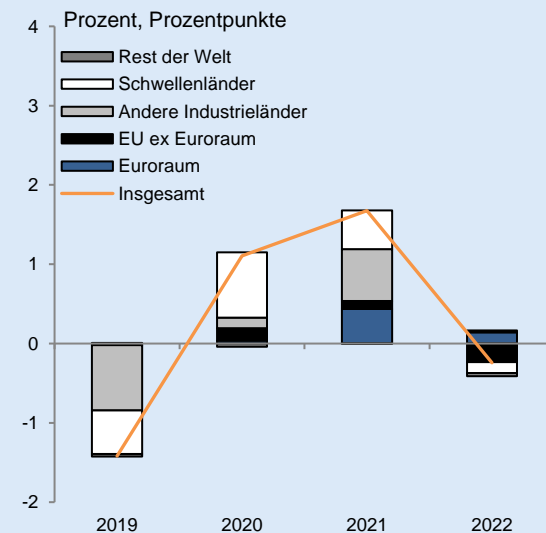
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2019–2022



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

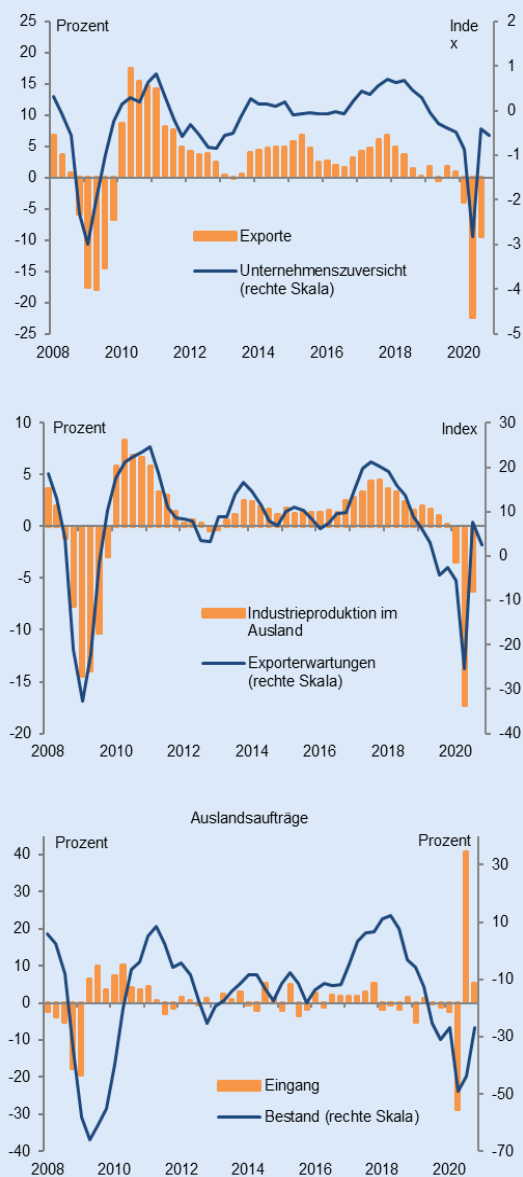
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2019–2022



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2020; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

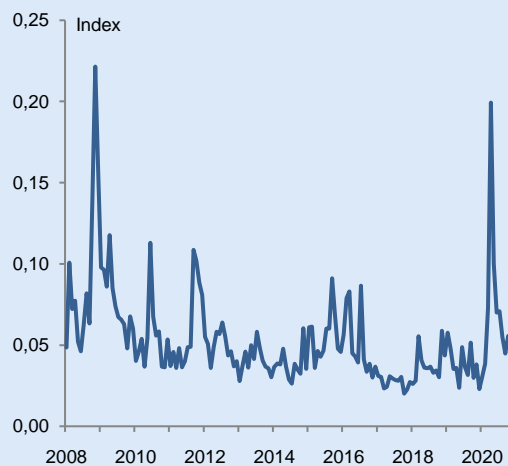
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren 2008–2020



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Reuters Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern 2008–2020

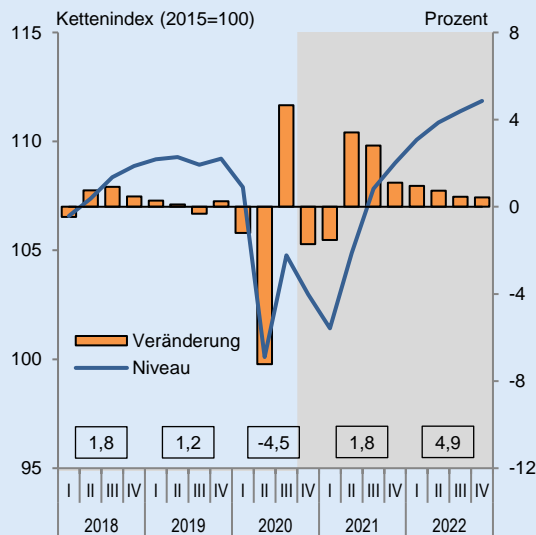


Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren. Letzter Wert: 11.12.2020.

Quelle: Nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

4. Inländische Verwendung

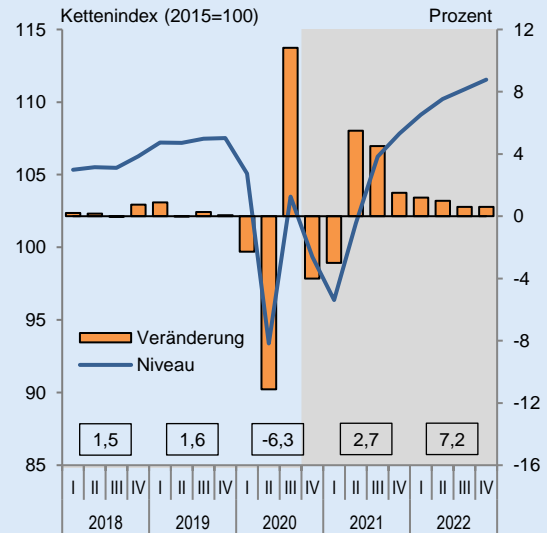
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

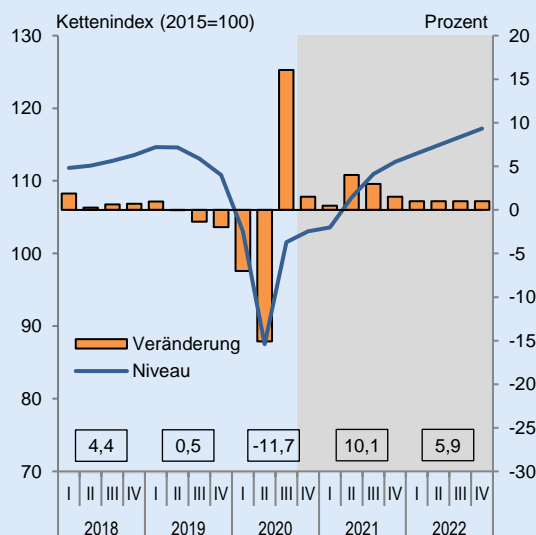
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

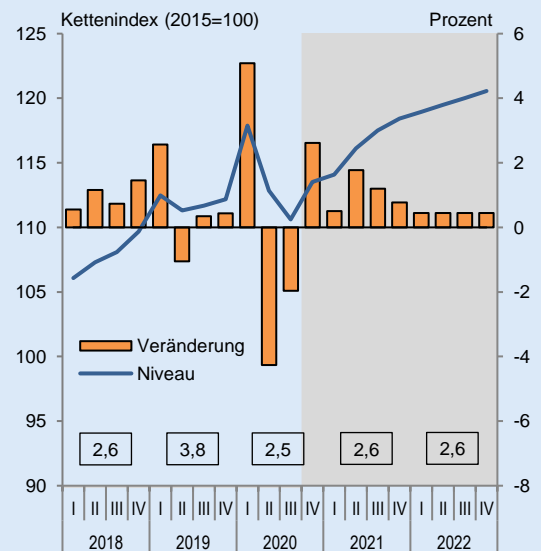
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

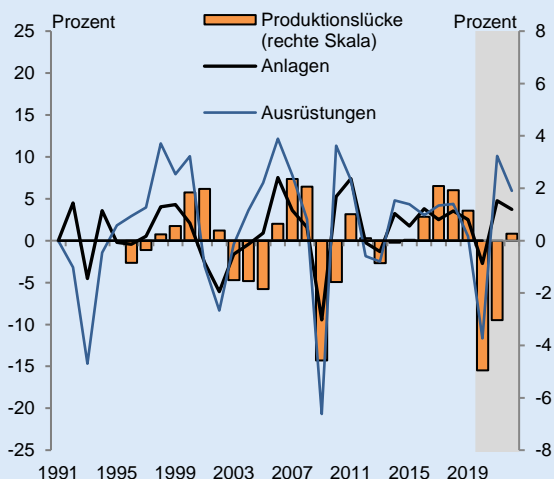
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2018–2022



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

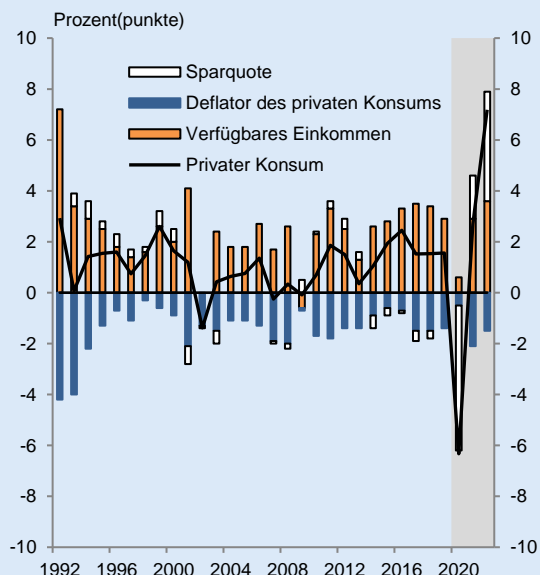
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2022



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

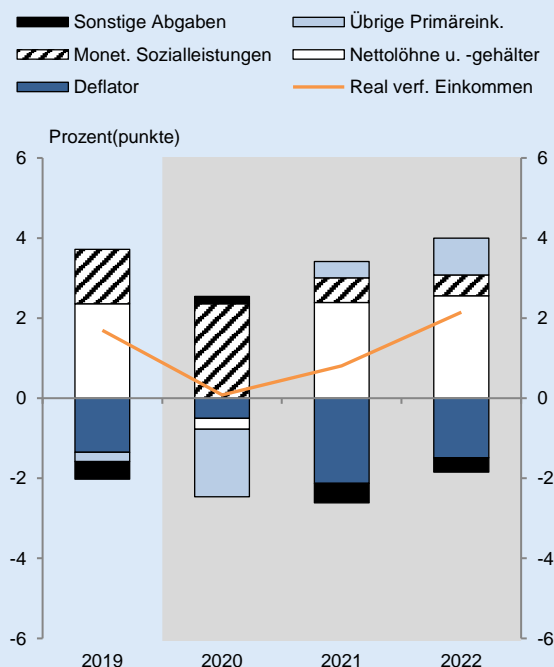
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums 1992–2022



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preis-bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2019–2022



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2019–2022

	2019	2020	2021	2022
Anlageinvestitionen	2,5	-2,7	4,7	3,7
Unternehmensinvestitionen	1,5	-6,3	6,0	4,2
Ausrüstungen	0,5	-11,7	10,1	5,9
Wirtschaftsbau	2,4	-0,2	2,0	1,7
Sonstige Anlagen	2,7	-1,2	2,3	3,3
Wohnungsbau	4,0	3,3	3,1	3,2
Öffentlicher Bau	6,0	4,4	1,6	1,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	3,8	2,5	2,6	2,6

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2020–2021

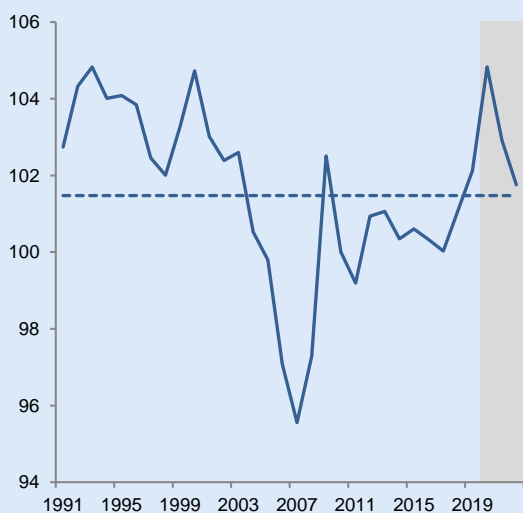
	2020			2021		
	II	III	IV	I	II	III
	<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>					
Bruttoinlandsprodukt	-9,8	8,5	-1,0	-1,4	3,1	2,5
Bruttowertschöpfung	-10,4	8,0	-1,0	-1,4	3,1	2,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-16,8	12,3	2,2	-2,0	3,5	2,5
Verarbeitendes Gewerbe	-18,3	14,0	2,7	-2,5	4,0	2,2
Baugewerbe	-3,1	-4,7	3,0	1,0	1,5	1,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-14,2	13,8	-5,8	-3,8	8,0	6,5
Information und Kommunikation	-3,0	3,3	-0,9	-0,7	2,0	1,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,2	0,2	-0,1	-0,1	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	-2,0	0,9	-0,5	-0,3	0,8	0,6
Unternehmensdienstleister	-12,0	6,1	-1,7	-1,3	3,0	2,8
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	-8,2	9,5	-1,0	-0,2	1,0	0,5
Sonstige Dienstleister	-18,1	17,8	-6,0	-2,5	5,5	4,0

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2022



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2019–2022

	2019	2020	2021	2022
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,1	1,8	2,3
Effektivlöhne	3,2	2,5	0,9	2,5
Lohndrift	0,3	0,4	-0,9	0,2
Lohnkosten	3,3	3,0	0,8	2,1
Arbeitsproduktivität	0,0	-1,2	1,3	1,8
Lohnstückkosten	3,3	4,3	-0,6	0,3
Lohnstückkosten (real)	1,1	2,6	-1,8	-1,1
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,1	1,8	2,3
Effektivlöhne	2,9	-0,4	3,6	3,6
Lohndrift	0,0	-2,5	1,8	1,3
Lohnkosten	3,0	0,2	3,2	3,3
Arbeitsproduktivität	-0,3	-4,3	3,4	3,1
Lohnstückkosten	3,4	4,7	-0,2	0,2
Lohnstückkosten (real)	1,1	3,1	-1,4	-1,2

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

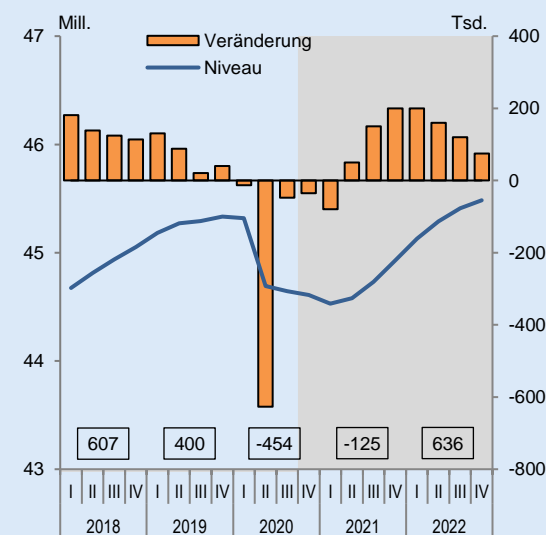
Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2018–2022 (1 000 Personen)

	2018	2019	2020	2021	2022
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	62.229	62.596	60.069	61.137	62.785
Erwerbstätige (Inland)	44.868	45.269	44.815	44.690	45.327
Selbständige	4.224	4.152	4.000	3.849	3.872
Arbeitnehmer (Inland)	40.645	41.117	40.815	40.841	41.454
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32.992	33.537	33.545	33.640	34.191
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.668	4.575	4.279	4.219	4.280
Pendlersaldo	141	146	97	96	145
Erwerbstätige (Inländer)	44.727	45.123	44.718	44.594	45.181
Arbeitnehmer (Inländer)	40.503	40.971	40.718	40.745	41.309
Registrierte Arbeitslose	2.340	2.267	2.705	2.800	2.531
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,2	5,0	5,9	6,1	5,5
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,2	3,0	4,1	4,6	3,9

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

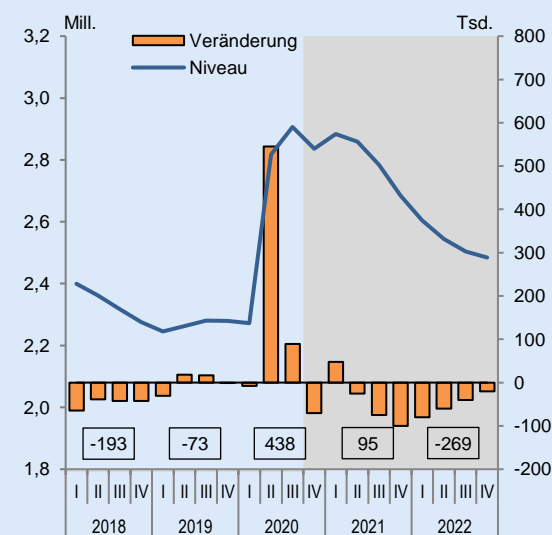
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2018–2022



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2018–2022



Quartalsdaten: Saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

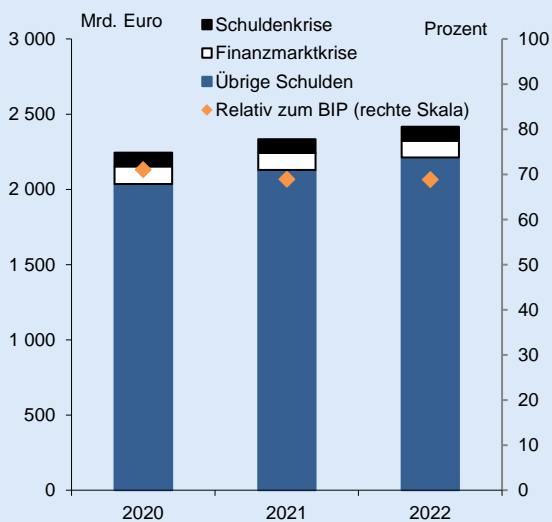
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2018–2022 (Mrd. Euro)

	2018	2019	2020	2021	2022
Einnahmen	1.553,8	1.610,6	1.552,8	1.635,3	1.713,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	46,3	46,7	46,7	46,7	46,5
Steuern	801,2	827,1	763,6	817,6	861,5
➤ <i>relativ zum BIP</i>	23,9	24,0	23,0	23,3	23,4
Sozialbeiträge	572,6	597,5	607,3	626,9	655,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	17,1	17,3	18,3	17,9	17,8
Sonstige Einnahmen	180,1	186,0	181,9	190,7	196,5
➤ <i>relativ zum BIP</i>	5,4	5,4	5,5	5,4	5,3
Ausgaben	1.492,2	1.558,1	1.714,4	1.778,1	1.779,1
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,5	45,2	51,6	50,7	48,2
Arbeitnehmerentgelt	259,6	271,5	284,1	290,0	295,7
Vorleistungen	173,4	181,9	204,7	197,3	200,8
Soziale Sachleistungen	285,7	300,4	309,0	331,3	339,7
Bruttoinvestitionen	78,7	86,2	92,3	94,8	99,2
Geleistete Vermögenseinkommen	31,1	27,5	23,4	20,7	18,7
Monetäre Sozialleistungen	520,3	545,4	591,8	603,5	613,7
Subventionen	29,5	30,8	77,0	96,0	57,6
Sonstige laufende Übertragungen	70,8	74,2	83,3	92,1	94,8
Vermögensübertragungen	44,1	41,0	49,6	53,1	59,8
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,2	-1,2	-1,2	-1,2
Finanzierungssaldo	61,6	52,5	-161,5	-142,7	-65,4
➤ <i>relativ zum BIP</i>	1,8	1,5	-4,9	-4,1	-1,8
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1011,4	1044,5	987,5	1050,5	1101,0
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.010,3	1.043,4	986,3	1.049,3	1.099,9
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	965,8	1.000,7	1.118,5	1.165,4	1.150,5
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	847,5	878,0	975,6	1.017,9	1.009,7
Transfers an die Sozialversicherung	118,3	122,7	142,9	147,4	140,8
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	45,6	43,8	-131,0	-114,9	-49,5
Einnahmen der Sozialversicherung	661,9	690,0	719,0	742,2	763,5
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	543,6	567,2	576,0	594,8	622,7
Ausgaben der Sozialversicherung	645,9	681,3	749,5	770,1	779,4
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	644,7	680,2	748,3	768,9	778,3
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	16,0	8,7	-30,5	-27,9	15,9

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

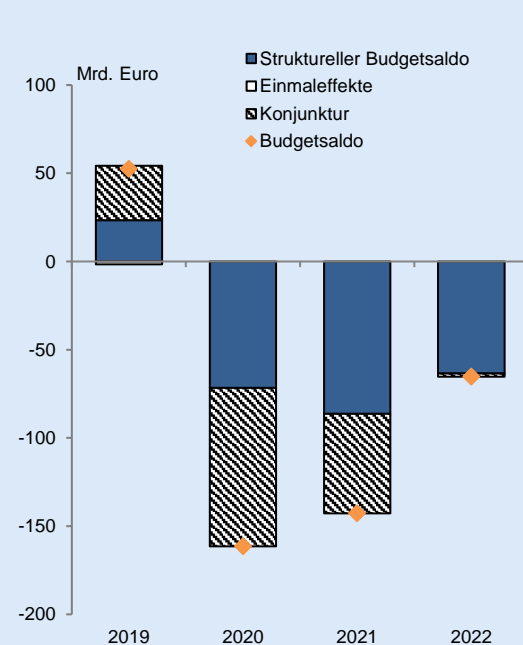
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand 2020–2022



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo 2019–2022



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

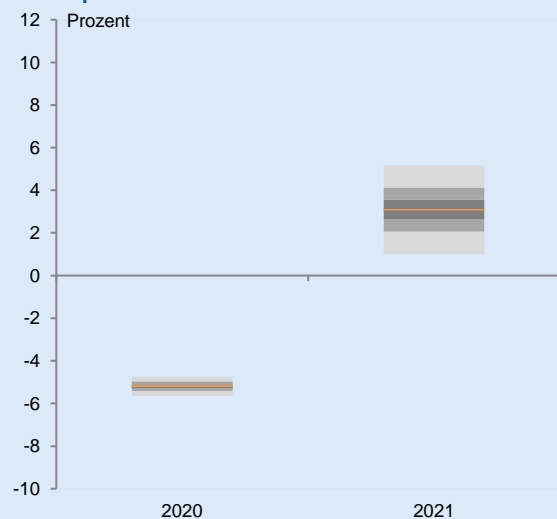
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020–2022

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	-9,8	8,5	-1,0	-1,4	3,1	2,5	1,1	0,9	0,7	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	-2,3	-11,1	10,8	-4,0	-3,0	5,5	4,5	1,5	1,2	1,0	0,6	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,8	2,2	0,8	0,6	0,1	-0,4	-0,4	0,4	0,4	0,0	-0,1	-0,1
Ausrüstungsinvestitionen	-7,0	-15,1	16,0	1,5	0,5	4,0	3,0	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauinvestitionen	5,1	-4,3	-2,0	2,6	0,5	1,8	1,2	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Anlagen	-4,1	0,6	1,9	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Vorratsveränderungen	0,0	-0,1	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,2	-7,2	4,7	-1,7	-1,5	3,4	2,8	1,1	1,0	0,7	0,5	0,4
Ausfuhr	-3,3	-20,5	18,1	2,2	1,5	3,3	3,0	1,6	1,3	1,0	1,0	1,0
Einfuhr	-1,9	-15,9	9,1	1,0	1,7	4,1	3,8	1,7	1,4	1,2	1,2	1,1
Außenbeitrag	-0,8	-2,9	3,9	0,6	0,0	-0,1	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45.319	44.692	44.644	44.609	44.529	44.579	44.729	44.929	45.129	45.289	45.409	45.484
Arbeitslose	2.272	2.817	2.906	2.836	2.884	2.859	2.784	2.684	2.604	2.544	2.504	2.484

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

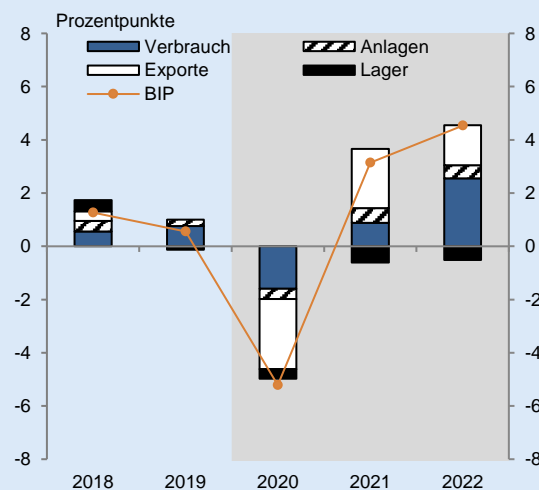
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2020–2021



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2019).

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge 2018–2022



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2019–2022

	2019	2019	2020	2021	2022
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	-5,2	3,1	4,5
Private Konsumausgaben		1,6	-6,3	2,7	7,2
Konsumausgaben des Staates		2,7	4,1	1,2	0,4
Anlageinvestitionen		2,5	-2,7	4,7	3,7
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	-11,7	10,1	5,9
Bauinvestitionen		3,8	2,5	2,6	2,6
Sonstige Anlagen		2,7	-1,2	2,3	3,3
Vorratsveränderung		-0,7	-1,2	-1,0	0,0
Inländische Verwendung		1,2	-4,5	1,8	4,9
Ausfuhr		1,0	-9,8	10,3	6,3
Einfuhr		2,6	-8,9	8,0	7,4
Außenbeitrag		-0,6	-0,9	1,5	-0,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.449,1	2,8	-3,7	4,4	6,1
Private Konsumausgaben	1.806,9	2,9	-5,9	4,9	8,8
Konsumausgaben des Staates	704,5	5,1	6,5	2,3	2,0
Anlageinvestitionen	748,0	5,5	-1,2	6,8	5,8
Ausrüstungsinvestitionen	240,1	1,9	-10,5	10,8	6,6
Bauinvestitionen	373,7	8,4	4,3	5,6	5,6
Sonstige Anlagen	134,2	4,2	0,2	3,7	4,8
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-10,3	-63,6	-98,7	-101,9
Inländische Verwendung	3.249,1	3,1	-3,8	3,7	6,6
Ausfuhr	1.617,4	1,7	-10,2	10,9	7,4
Einfuhr	1.417,4	2,4	-11,3	10,1	8,8
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		199,9	193,8	226,1	222,3
Bruttonationaleinkommen	3.542,8	2,8	-3,7	4,4	6,0
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		2,2	1,6	1,3	1,5
Private Konsumausgaben		1,4	0,5	2,1	1,5
Konsumausgaben des Staates		2,3	2,3	1,1	1,6
Ausrüstungsinvestitionen		1,4	1,3	0,6	0,7
Bauinvestitionen		4,4	1,8	2,9	2,9
Sonstige Anlagen		1,4	1,4	1,3	1,5
Ausfuhr		0,8	-0,5	0,6	1,0
Einfuhr		-0,1	-2,6	1,9	1,3
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,4	0,5	2,6	1,7
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.564,1	2,2	-3,0	4,2	5,2
Arbeitnehmerentgelt	1.845,9	4,2	-0,5	3,3	4,8
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		72,0	73,8	73,2	72,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	718,2	-2,7	-9,3	6,7	6,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.969,8	3,0	0,6	2,9	3,6
Sparquote (Prozent)		10,9	16,6	14,9	10,6
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.521,6	4,1	-1,1	3,7	5,1
Effektivlohn, Stundenbasis		3,2	2,5	0,9	2,5
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,3	4,3	-0,6	0,3
Produktivität, Stundenbasis		0,0	-1,2	1,3	1,8
Arbeitslose (1 000)		2.267	2.705	2.800	2.531
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,0	5,9	6,1	5,5
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)	45.269	44.815	44.690	45.327	
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		52,5	-161,5	-142,7	-65,4
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,5	-4,9	-4,1	-1,8
Öffentliche Schulden (Prozent)		59,5	72,6	73,2	70,2

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	- 1,0	- 0,3	1,4	- 0,5	- 1,5	- 1,0	0,5
Arbeitsvolumen	- 4,0	1,8	2,7	- 5,1	- 3,2	1,1	2,7
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 3,1	2,1	1,3	- 4,7	- 1,7	2,1	2,3
Produktivität ¹	- 1,2	1,3	1,8	- 0,8	- 0,8	0,3	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 5,2	3,1	4,5	- 6,5	- 4,0	2,0	4,3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 451,6	2 551,6	2 723,7	1 197,1	1 254,5	1 214,9	1 336,8
Private Haushalte ²	1 701,1	1 783,9	1 940,5	833,0	868,1	839,5	944,4
Staat	750,5	767,8	783,2	364,1	386,4	375,4	392,4
Anlageinvestitionen	739,1	789,2	834,7	354,6	384,5	373,1	416,1
Ausrüstungen	214,9	238,2	254,0	98,0	117,0	110,0	128,2
Bauten	389,8	411,7	434,6	193,0	196,7	196,7	214,9
Sonstige Anlageinvestitionen	134,4	139,3	146,0	63,6	70,8	66,4	73,0
Vorratsveränderung ¹	- 63,6	- 98,7	- 101,9	- 14,7	- 48,9	- 44,7	- 54,0
Inländische Verwendung	3 127,1	3 242,1	3 456,5	1 536,9	1 590,1	1 543,3	1 698,8
Außenbeitrag	193,8	226,1	222,3	83,7	110,1	122,9	103,2
Exporte	1 451,7	1 610,7	1 729,2	703,3	748,5	777,8	832,8
Importe	1 257,9	1 384,5	1 506,9	619,6	638,3	654,9	729,7
Bruttoinlandsprodukt	3 320,9	3 468,3	3 678,8	1 620,6	1 700,3	1 666,3	1 802,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 2,4	4,1	6,7	- 2,3	- 2,5	1,5	6,6
Private Haushalte ²	- 5,9	4,9	8,8	- 5,8	- 5,9	0,8	8,8
Staat	6,5	2,3	2,0	6,9	6,1	3,1	1,5
Anlageinvestitionen	- 1,2	6,8	5,8	- 1,6	- 0,8	5,2	8,2
Ausrüstungen	- 10,5	10,8	6,6	- 15,5	- 5,9	12,3	9,6
Bauten	4,3	5,6	5,6	6,7	2,1	1,9	9,2
Sonstige Anlageinvestitionen	0,2	3,7	4,8	0,2	0,2	4,4	3,1
Inländische Verwendung	- 3,8	3,7	6,6	- 3,3	- 4,2	0,4	6,8
Exporte	- 10,2	10,9	7,4	- 12,7	- 7,8	10,6	11,3
Importe	- 11,3	10,1	8,8	- 11,7	- 10,8	5,7	14,3
Bruttoinlandsprodukt	- 3,7	4,4	6,1	- 4,3	- 3,2	2,8	6,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 293,2	2 344,2	2 464,8	1 120,5	1 172,8	1 126,1	1 218,1
Private Haushalte ²	1 610,2	1 653,5	1 772,3	784,9	825,3	781,9	871,5
Staat	681,9	689,9	692,6	335,0	346,9	343,3	346,6
Anlageinvestitionen	665,6	697,2	723,2	318,7	346,9	330,5	366,7
Ausrüstungen	206,0	226,8	240,3	94,0	112,0	104,6	122,2
Bauten	332,7	341,4	350,2	163,8	168,8	163,9	177,5
Sonstige Anlageinvestitionen	124,7	127,7	131,9	59,3	65,4	61,0	66,6
Inländische Verwendung	2 910,8	2 962,2	3 107,6	1 434,2	1 476,5	1 420,9	1 541,3
Exporte	1 419,2	1 565,5	1 663,5	686,2	733,0	758,7	806,9
Importe	1 268,0	1 369,2	1 470,7	623,6	644,4	651,4	717,8
Bruttoinlandsprodukt	3 063,8	3 160,3	3 303,5	1 498,2	1 565,6	1 528,1	1 632,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 3,4	2,2	5,1	- 4,1	- 2,7	0,5	3,9
Private Haushalte ²	- 6,3	2,7	7,2	- 7,2	- 5,5	- 0,4	5,6
Staat	4,1	1,2	0,4	3,8	4,4	2,5	- 0,1
Anlageinvestitionen	- 2,7	4,7	3,7	- 3,8	- 1,7	3,7	5,7
Ausrüstungen	- 11,7	10,1	5,9	- 16,7	- 7,0	11,3	9,1
Bauten	2,5	2,6	2,6	3,6	1,5	0,0	5,1
Sonstige Anlageinvestitionen	- 1,2	2,3	3,3	- 1,2	- 1,2	2,9	1,8
Inländische Verwendung	- 4,5	1,8	4,9	- 4,6	- 4,5	- 0,9	4,4
Exporte	- 9,8	10,3	6,3	- 12,7	- 6,9	10,6	10,1
Importe	- 8,9	8,0	7,4	- 9,3	- 8,5	4,5	11,4
Bruttoinlandsprodukt	- 5,2	3,1	4,5	- 6,5	- 4,0	2,0	4,3

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,5	2,1	1,5	1,5	-0,4	1,2	3,0
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,1	1,6	3,0	1,7	0,6	1,6
Anlageinvestitionen	1,6	1,9	2,0	2,2	0,9	1,5	2,4
Ausrüstungen	1,3	0,6	0,7	1,4	1,2	0,9	0,4
Bauten	1,8	2,9	2,9	3,0	0,6	1,9	3,9
Exporte	-0,5	0,6	1,0	0,0	-0,9	0,0	1,1
Importe	-2,6	1,9	1,3	-2,6	-2,5	1,2	2,6
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,3	1,5	2,4	0,8	0,8	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 382,0	2 451,0	2 561,6	1 185,6	1 196,3	1 200,6	1 250,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	332,0	337,2	348,8	161,2	170,8	163,9	173,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 504,7	1 560,4	1 640,7	721,1	783,5	737,7	822,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	545,2	553,4	572,2	303,3	242,0	298,9	254,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	375,6	430,0	510,4	151,0	224,6	166,6	263,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 752,8	2 881,0	3 072,0	1 331,8	1 421,0	1 367,2	1 513,9
Abschreibungen	659,7	681,5	705,4	329,1	330,6	339,4	342,1
Bruttonationaleinkommen	3 412,5	3 562,5	3 777,4	1 660,9	1 751,5	1 706,5	1 856,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 488,0	2 592,3	2 727,6	1 196,5	1 291,5	1 240,9	1 351,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	651,3	694,7	738,2	314,2	337,1	339,2	355,5
Arbeitnehmerentgelt	1 836,7	1 897,6	1 989,4	882,4	954,4	901,6	996,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-1,7	2,9	4,5	-1,1	-2,4	1,3	4,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	1,5	3,4	2,6	2,2	1,7	1,4
Bruttolöhne und -gehälter	-1,1	3,7	5,1	-0,8	-1,4	2,3	5,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	-0,4	3,6	3,6	-0,6	-0,2	3,0	4,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	1,5	3,4	-3,6	-8,3	-1,4	5,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-21,5	14,5	18,7	-29,3	-15,2	10,3	17,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-5,2	4,7	6,6	-5,7	-4,7	2,7	6,5
Abschreibungen	3,1	3,3	3,5	3,6	2,6	3,1	3,5
Bruttonationaleinkommen	-3,7	4,4	6,0	-4,0	-3,4	2,7	6,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	-3,0	4,2	5,2	-3,8	-2,2	3,7	4,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-9,3	6,7	6,3	-12,5	-6,1	8,0	5,4
Arbeitnehmerentgelt	-0,5	3,3	4,8	-0,2	-0,8	2,2	4,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 526,7	1 580,8	1 639,6	732,6	794,1	759,6	821,2
Nettolöhne und -gehälter	1 014,9	1 062,2	1 114,3	480,6	534,2	498,1	564,1
Monetäre Sozialleistungen	652,7	665,0	675,5	320,9	331,9	334,0	331,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,9	146,4	150,2	69,0	72,0	72,5	73,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	545,2	553,4	572,2	303,3	242,0	298,9	254,5
Sonstige Transfers (Saldo) ³	-90,7	-94,8	-98,3	-45,7	-44,9	-47,1	-47,7
Verfügbares Einkommen	1 981,3	2 039,4	2 113,5	990,1	991,2	1 011,4	1 028,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,4	57,6	58,2	27,9	29,5	28,0	29,6
Konsumausgaben	1 701,1	1 783,9	1 940,5	833,0	868,1	839,5	944,4
Sparen	337,6	313,2	231,2	185,0	152,6	199,9	113,3
Sparquote (%) ⁴	16,6	14,9	10,6	18,2	14,9	19,2	10,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,4	3,5	3,7	2,2	2,6	3,7	3,4
Nettolöhne und -gehälter	-0,5	4,7	4,9	-0,4	-0,6	3,6	5,6
Monetäre Sozialleistungen	7,7	1,9	1,6	6,6	8,7	4,1	-0,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,1	3,9	2,6	3,2	4,9	5,1	2,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	1,5	3,4	-3,6	-8,3	-1,4	5,2
Verfügbares Einkommen	0,6	2,9	3,6	1,0	0,2	2,2	3,7
Konsumausgaben	-5,9	4,9	8,8	-5,8	-5,9	0,8	8,8
Sparen	53,3	-7,2	-26,2	49,2	58,5	8,1	-25,8

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates *							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	763,6	817,6	861,5	386,6	377,0	401,0	416,7
Sozialbeiträge	607,3	626,9	655,8	295,2	312,2	304,0	322,9
Vermögenseinkommen	19,8	18,2	17,8	12,0	7,8	10,6	7,6
Sonstige Transfers	23,9	27,1	28,6	11,2	12,6	12,9	14,3
Vermögenstransfers	15,1	15,6	15,9	7,0	8,1	7,3	8,3
Verkäufe	123,0	129,6	134,0	58,0	65,0	61,0	68,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 552,8	1 635,3	1 713,8	770,0	782,8	796,9	838,4
Ausgaben							
Vorleistungen ¹	513,7	528,9	540,9	247,7	266,0	256,7	272,2
Arbeitnehmerentgelt	284,1	290,0	295,7	136,3	147,8	140,3	149,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	23,4	20,7	18,7	11,8	11,7	10,4	10,3
Subventionen	77,0	96,0	57,6	38,9	38,1	60,3	35,7
Monetäre Sozialleistungen	591,8	603,5	613,7	290,6	301,2	303,4	300,1
Sonstige laufende Transfers	83,3	92,1	94,8	40,2	43,1	44,8	47,3
Vermögenstransfers	49,6	53,1	59,8	18,1	31,5	21,7	31,5
Bruttoinvestitionen	92,3	94,8	99,2	40,8	51,5	40,6	54,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,7
Insgesamt	1 714,1	1 778,1	1 779,1	823,9	890,1	877,7	900,3
Finanzierungssaldo	- 161,2	- 142,7	- 65,4	- 53,9	- 107,3	- 80,8	- 61,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	- 7,7	7,1	5,4	- 7,1	- 8,3	3,7	10,5
Sozialbeiträge	1,6	3,2	4,6	1,8	1,5	3,0	3,4
Vermögenseinkommen	- 9,8	- 7,9	- 2,5	- 9,1	- 10,7	- 11,2	- 3,0
Sonstige Transfers	- 5,2	13,8	5,5	- 1,0	- 8,7	14,5	13,1
Vermögenstransfers	9,4	3,8	1,9	15,9	4,4	4,3	3,3
Verkäufe	- 1,5	5,3	3,4	- 1,1	- 1,8	5,2	5,4
Sonstige Subventionen	- 11,0	0,0	0,0	- 7,9	- 12,8	0,0	0,0
Insgesamt	- 3,6	5,3	4,8	- 3,2	- 4,0	3,5	7,1
Ausgaben							
Vorleistungen ¹	6,4	3,0	2,3	7,2	5,7	3,6	2,4
Arbeitnehmerentgelt	4,6	2,1	2,0	4,5	4,7	3,0	1,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 14,7	- 11,8	- 9,5	- 17,9	- 11,3	- 11,9	- 11,7
Subventionen	150,0	24,7	- 40,1	170,7	131,9	54,9	- 6,3
Monetäre Sozialleistungen	8,5	2,0	1,7	7,3	9,7	4,4	- 0,4
Sonstige laufende Transfers	12,3	10,6	3,0	9,7	14,9	11,3	9,9
Vermögenstransfers	20,9	7,2	12,6	29,3	16,5	19,7	0,0
Bruttoinvestitionen	7,1	2,7	4,6	8,3	6,2	- 0,4	5,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,7	0,0	0,0	- 9,7	7,0	0,0	0,0
Insgesamt	10,0	3,7	0,1	10,1	10,0	6,5	1,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2020					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 006,9	2 019,2	359,9	627,9	–	
2 – Abschreibungen	659,7	383,3	82,1	194,3	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 347,2	1 635,9	277,8	433,5	– 193,8	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 835,5	1 315,3	284,1	236,1	12,7	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,6	16,6	0,3	9,7	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	73,8	52,7	0,2	21,0	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	558,9	356,7	– 6,4	208,7	– 206,5	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 836,7	–	–	1 836,7	11,4	
9 – Geleistete Subventionen	77,0	–	77,0	–	5,3	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	341,9	–	341,9	–	7,3	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	595,9	554,4	23,4	18,1	185,0	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	688,2	313,7	19,8	354,7	92,6	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 752,8	116,0	254,8	2 382,0	– 285,4	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	412,1	74,1	–	338,0	10,1	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	421,8	–	421,8	–	0,5	
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	741,6	–	–	741,6	3,9	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	742,7	134,5	607,3	0,8	2,7	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	660,2	67,6	591,8	0,8	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	652,7	–	–	652,7	8,1	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	360,7	188,7	83,3	88,8	59,1	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	311,1	172,4	23,9	114,9	108,7	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 706,5	92,6	632,6	1 981,3	– 239,1	
23 – Konsumausgaben	2 451,6	–	750,5	1 701,1	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,4	–	57,4	–	
25 = Sparen	254,9	35,2	– 117,9	337,6	– 239,1	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	81,6	17,9	49,6	14,1	3,9	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	71,3	33,5	15,1	22,8	14,2	
28 – Bruttoinvestitionen	675,5	356,7	92,3	226,4	–	
29 + Abschreibungen	659,7	383,3	82,1	194,3	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,9	– 1,4	– 1,2	0,7	1,9	
31 = Finanzierungssaldo	230,7	78,7	– 161,5	313,5	– 230,7	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 706,5	92,6	632,6	1 981,3	– 239,1	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	473,2	–	473,2	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	473,2	–	–	473,2	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 706,5	92,6	159,4	2 454,5	– 239,1	
38 – Konsum 2)	2 451,6	–	277,3	2 174,3	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,4	–	57,4	–	
40 = Sparen	254,9	35,2	– 117,9	337,6	– 239,1	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2021					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 133,6	2 106,3	368,7	658,6	-	
2 - Abschreibungen	681,5	395,7	84,6	201,1	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 452,1	1 710,5	284,1	457,4	- 226,1	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 896,4	1 362,6	290,0	243,7	14,1	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,2	20,8	0,3	13,1	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	77,7	66,0	0,2	11,6	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	599,2	393,1	- 6,1	212,2	- 240,3	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 897,6	-	-	1 897,6	12,9	
9 - Geleistete Subventionen	96,0	-	96,0	-	5,2	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	384,8	-	384,8	-	7,6	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	629,8	592,6	20,7	16,5	195,8	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	725,2	349,3	18,2	357,7	100,4	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 881,0	149,8	280,2	2 451,0	- 320,4	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	422,1	82,5	-	339,6	11,3	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	432,9	-	432,9	-	0,5	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	763,3	-	-	763,3	4,0	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	764,6	136,8	626,9	0,9	2,8	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	673,2	68,8	603,5	0,9	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	665,0	-	-	665,0	8,9	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	376,2	191,4	92,1	92,7	63,2	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	328,4	182,2	27,1	119,0	111,1	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 837,0	126,1	671,5	2 039,4	- 276,4	
23 - Konsumausgaben	2 551,6	-	767,8	1 783,9	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,6	-	57,6	-	
25 = Sparen	285,4	68,5	- 96,2	313,2	- 276,4	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	86,3	18,3	53,1	14,8	4,1	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	75,7	36,9	15,6	23,2	14,6	
28 - Bruttoinvestitionen	690,5	357,2	94,8	238,5	-	
29 + Abschreibungen	681,5	395,7	84,6	201,1	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,9	- 1,4	- 1,2	0,7	1,9	
31 = Finanzierungssaldo	267,8	127,0	- 142,7	283,5	- 267,8	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 837,0	126,1	671,5	2 039,4	- 276,4	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	507,5	-	507,5	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	507,5	-	-	507,5	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 837,0	126,1	164,1	2 546,8	- 276,4	
38 - Konsum 3)	2 551,6	-	260,3	2 291,3	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 57,6	-	57,6	-	
40 = Sparen	285,4	68,5	- 96,2	313,2	- 276,4	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2022					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 320,5	2 247,3	376,7	696,6	-	
2 - Abschreibungen	705,4	409,4	86,8	209,2	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 615,2	1 837,9	289,9	487,4	- 222,3	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 988,2	1 436,3	295,7	256,2	14,7	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,6	21,2	0,3	14,0	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	46,8	43,2	0,2	3,5	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	638,2	423,5	- 6,0	220,7	- 237,0	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 989,4	-	-	1 989,4	13,5	
9 - Geleistete Subventionen	57,6	-	57,6	-	5,2	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	401,9	-	401,9	-	7,8	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	656,1	622,3	18,7	15,2	215,4	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	756,1	371,7	17,8	366,7	115,4	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 072,0	172,9	337,4	2 561,6	- 320,9	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	448,1	90,0	-	358,1	12,0	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	459,6	-	459,6	-	0,5	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	793,3	-	-	793,3	4,2	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	794,7	138,1	655,8	0,9	2,8	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	684,0	69,5	613,7	0,9	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	675,5	-	-	675,5	9,1	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	384,8	194,3	94,8	95,7	65,6	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	336,6	184,6	28,6	123,3	113,9	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 028,3	141,8	773,0	2 113,5	- 277,2	
23 - Konsumausgaben	2 723,7	-	783,2	1 940,5	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,2	-	58,2	-	
25 = Sparen	304,6	83,6	- 10,2	231,2	- 277,2	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	94,2	18,8	59,8	15,6	4,3	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	83,1	43,4	15,9	23,8	15,3	
28 - Bruttoinvestitionen	732,8	378,9	99,2	254,7	-	
29 + Abschreibungen	705,4	409,4	86,8	209,2	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,9	- 1,4	- 1,2	0,7	1,9	
31 = Finanzierungssaldo	268,0	140,2	- 65,4	193,2	- 268,0	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 028,3	141,8	773,0	2 113,5	- 277,2	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	520,4	-	520,4	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	520,4	-	-	520,4	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 028,3	141,8	252,6	2 633,9	- 277,2	
38 - Konsum 2)	2 723,7	-	262,8	2 460,9	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,2	-	58,2	-	
40 = Sparen	304,6	83,6	- 10,2	231,2	- 277,2	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des Ifw Kiel.

Literatur

- Cox, M., M. Berghausen, S. Linz, C. Fries und J. Völker (2018). Digitale Prozessdaten aus der LKW-Mauterhebung – Neuer Baustein der amtlichen Konjunkturstatistik. WISTA – Wirtschaft und Statistik 6 | 2018: 11-32.
- Deutsche Bundesbank (2020). Monatsbericht November 2020. Frankfurt (Main).
- Felbermayr, G., und S. Kooths (2020). Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen – Funktionsweise und Einsatz in der Corona-Krise. Kiel Policy Brief, Nr. 148, Kiel 2020.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths und U. Stolzenburg (2020). Weltwirtschaft im Winter 2020: Weltwirtschaftliche Erholung schreitet insgesamt voran. Kieler Konjunkturberichte 73 (2020|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Hauber, P. (2018). Zur Kurzfristprognose mit Faktormodellen und Prognoseanpassungen. IfW-Box 2018.5. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- IfW Kiel (2020). Update Konjunkturbericht: Deutsches BIP dürfte 2020 zwischen 4,5 und 9 Prozent einbrechen. Via Internet (08.12.2020): <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2020/update-konjunkturbericht-deutsches-bip-duerfte-2020-zwischen-45-und-9-prozent-einbrechen/>.
- Jannsen, N. (2020). Konjunkturelle Auswirkungen eines erhöhten Krankenstands. IfW-Box 2020.5. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Jannsen, N., S. Landt und S. Mösl (2020). Die Abhängigkeit der Dienstleistungsbranchen von der Weltkonjunktur. IfW-Box 2020.14. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Lenza, M. und G.E. Primiceri (2020). How to estimate a VAR after March 2020. ECB Working Paper Series 2461.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020). Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2017.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2020). Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken. Jahresgutachten 2020/2021. Wiesbaden.
- Truger, A. (2019). Schuldenbremse NRW: Konjunkturbereinigung überdenken, finanzielle Transaktionen berücksichtigen. Stellungnahme für den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags NRW.